

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Mordanschlag in Moskau

Der deutsche Botschaftsrat angeschossen

Litwinow bedauert

Auf den Botschaftsrat bei der deutschen Botschaft in Moskau, von Twardowski, wurde am Sonnabend vormittag ein Anschlag verübt. Twardowski wurde durch einen Streifschuß am Halse und durch einen Steckschuß in die Hand verletzt. Im ganzen wurden auf den Botschaftsrat vier Schüsse abgegeben. Sein Befinden ist den Umständen nach befriedigend. Der Täter, bei dem es sich offenbar um einen sowjetrussischen Angehörigen handelt, wurde verhaftet. Die Beweggründe konnten noch

nicht festgestellt werden. Der Anschlag wurde auf der Straße verübt.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, sprach im Namen seiner Regierung dem deutschen Botschafter von Dierksen sein Bedauern aus und sicherte strengste und schnellste Untersuchung zu. Weiterhin hat der russische Botschafter in Berlin, Chinchuk, dem Staatssekretär von Bülow das Bedauern seiner Regierung zum Ausdruck gebracht.

Goldschmidt soll Mosse retten

Berlin, 5. März 1932.
Von informierter Seite hören wir, daß Herr Hans Lachmann-Mosse, der Verleger des „Berliner Tageblatts“, angesichts der schwierigen Lage, in der sich fast alle seine Verlagsunternehmen befinden, in Verhandlungen mit dem früheren allmächtigen Direktor der verkrachten Danatbank, Jakob Goldschmidt, eingetreten ist. Diese Verhandlungen, die anscheinend kurz vor dem Abschluß stehen, bezwecken, Jakob Goldschmidt gewissermaßen als „Finanzdiktator“ für das Haus Mosse zu verpflichten.

Tardieu über Abrüstungsthesen

Die französische gegen die deutsche

Paris, 4. März 1932.

Ministerpräsident Tardieu sprach heute vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten über die außenpolitische Lage, über die französische Völkerbundspolitik und über die Politik des Völkerbundes in der Frage der Sicherheit und der Herabsetzung der Rüstungen. Nach dem offiziellen Communiqué hat Tardieu u. a. auseinandergesetzt, Frankreich stelle sich die

Herabsetzung der Rüstungen nicht ohne Organisierung des Friedens

vor. Es nehme weder die allgemeine Abrüstung noch die Gleichmachung der Rüstungen an, was eine Prämie zugunsten des Betrogenen der Zahlen und des Potentials wäre. Die Abrüstungskonferenz stehe vor der Wahl zwischen Systemen, von denen die einen auf dem Völkerbundsstatut aufgebaut seien, die anderen in keinerlei Beziehung zu ihm, und wieder andere in Widerspruch zu ihm stünden. Die französischen Thesen hierin würden in den kommenden Wochen öffentlich auseinandergesetzt werden.

In Beantwortung einer Frage des radikalen Abgeordneten Bergery erklärte der Ministerpräsident, es könne nicht davon die Rede sein, unter irgendeinem Vorwand die Wiederaufrüstung irgendeiner Nation ins Auge zu fassen.

In den Wandelgängen der Kammer verläutet, daß es während der Sitzung zu einem Zwischenfall gekommen sei, wobei die Abgeordneten Grumbach und Lautier miteinander eine ziemlich heftige Auseinandersetzung über die Anwendung der französischen Gesetze in Elsaß-Lothringen gehabt hätten.

Japanischer Großkapitalist ermordet

TU, Tokio, 5. März 1932.

Am Sonnabend vormittag wurde auf dem Generaldirektor des weltbekanntesten japanischen Handelshauses Mitsui, Baron Takuma Dan, ein Revolveranschlag verübt. Als er seinen Kraftwagen verließ, um sich in sein Büro zu begeben, gab ein Mann im Torweg mehrere Schüsse ab, denen er im Laufe weniger Minuten erlag. Es gelang der Polizei, den Attentäter Hischinuma, einen Bauer aus dem Bezirk Idiragi, sofort zu verhaften. Interessant ist, daß der Verhaftete ein intimer Freund des Attentäters Konuma ist, der den ehemaligen Finanzminister Inoué ermordet hat. Man vermutet, daß die Ursache des Anschlages auf Baron Dan auf große Dollarkäufe seiner Firma zurückzuführen ist, die in der Öffentlichkeit großes Mißfallen erregt hatten.

Proteststreik gegen Sozialraub

Warschau, 4. März 1932.

Der Zentralausschuß der gewerkschaftlichen Verbände Polens hat für den 16. März einen eintägigen Proteststreik gegen die von der Regierung eingebrachten Sozialgesetze beschlossen.

Der unersättliche japanische Imperialismus

Kriegsvorbereitungen gegen Rußland?

Detaillierte Anklage der „Prawda“

Berlin, 5. März 1932.

Während eben noch Japan an Rußland ein Dankschreiben für die Truppenbeförderung gerichtet hat, ist trotzdem in die Beziehungen eine bemerkenswerte Versärfung eingetreten. So schreibt die „Prawda“ in ihrer Sonnabend-Ausgabe, daß in der rußlandfeindlichen Bewegung in Japan nicht nur die Meinung eines einzelnen Generals oder Politikers, sondern der gesamten japanischen Militärpartei zum Ausdruck komme, die an einen

Zusammenstoß mit Rußland

denke. In den Händen der russischen Regierung befanden sich drei Schriftstücke von einer führenden Persönlichkeit des japanischen Militärkreises, aus denen zu ersehen sei, daß die japanische Militärpartei

1. dringend einen Krieg mit Rußland verlange, in dem russische Gebiete, darunter das Baikal-Gebiet und das Küstengebiet von Wladiwostok, durch Japan annektiert werden solle,

2. die Kolonisierung der sibirischen Gebiete durch die japanische Armee anstrebe und

3. militärische Maßnahmen vorschlage, die geeignet seien, einen Konflikt mit Sowjetrußland hervorzurufen, der zum Kriege führen müsse.

Darauf antwortet Tokio amtlich, daß die Alarm-Nachrichten der Sowjetpresse, wonach Japan sich auf einen Krieg mit Rußland vorbereite, um die russischen Gebiete im Fernen Osten zu besetzen, jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Daß ein solches Dementi weniger als nichts bedeutet, muß wohl kaum betont werden. Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen, und der Magen der japanischen Imperialisten ist sicher mindestens eben so gut, wie der der Kirche. Und auch die hat ganze Länder verdaut, ohne sich deshalb jemals zu überfressen. Und die Annexion des mandchurischen Gebietes führt nach imperialistischer

Logik ganz folgerichtig auf das russische Gebiet hinüber.

Abgesehen von solchen Absichten, die authentisch nachzuweisen natürlich sehr schwer ist, ist eine

erhebliche Mißstimmung

auch dadurch eingetreten, daß der russische Botschafter in Tokio die Abberufung des japanischen Generalkonsuls in Wladiwostok verlangt, ohne daß dem stattgegeben wird. Dieser Generalkonsul hatte behauptet, Rußland ziehe an der russisch-koreanischen Grenze Teile der Roten Armee zusammen, was Rußland energisch dementiert. Trotz der russischen Vorstellungen aber steht die japanische Regierung auf dem Standpunkt, daß der Konsul nur seine Pflicht

getan habe. Mit anderen Worten, Japan fühlt sich stark genug, Rußland zu brüskieren.

Wie immer die Dinge liegen mögen, die Gefahr eines russisch-japanischen Krieges ist ebenso drohend wie die Gefahr eines Weltkrieges. Das Proletariat aller Länder müßte unbedingt sofort Verbindungen aufnehmen, es müßte den Regierungen aller Länder klar erklärt werden, daß das Wort „Hände weg von Sowjetrußland“ nicht nur eine leere Drohung ist, daß das Weltproletariat gegen die kapitalistischen Raubstaaten jedes revolutionäre Mittel in Anwendung bringen wird, wenn sie es wagen sollten, Rußland anzugreifen, wenn sie es wagen sollten, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Sie sehen keinen Ausweg

Arbeitsbeschaffungsdebatte im Reichswirtschaftsrat

Seit einigen Tagen berät der Reichswirtschaftsrat über die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. Bisher ist er nur zu einer Ablehnung der vorliegenden Pläne — des WTB-Programms und der Gewerkschaftsforderungen — gelangt.

Der Rahmen, der 500 000 Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben eingliedern will, sei viel zu weit gespannt.

Bisher wurden die in Betracht kommenden Arbeitsgebiete untersucht, wobei es sich besonders um Spezialarbeiten für die Reichsbahn, die Reichspost, den Straßenbau und für Meliorationen handelt. Jetzt werden die Finanzierungsmöglichkeiten beraten, ohne daß irgendein diskutabler Vorschlag gemacht wurde.

Die Herren Wirtschaftsführer finden keinen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie die Wirtschaft geführt haben. Mit ihren Methoden, ohne grundsätzliche Umgestaltung des gesamten Produktions- und Verteilungsapparats wird es ihnen auch niemals gelingen.

SPD für Aufhebung der Immunität Thälmanns

Wie wir bereits gestern meldeten, hat der Geschäftsausschuß der Hamburger Bürgerschaft mit einer Stimme Mehrheit die Immunität Thälmanns aufgehoben. Wie wir jetzt erfahren, ist diese Mehrheit nur dadurch zustande gekommen, daß auch die SPD für den Antrag stimmte.

Englisches Kapital in Brasilien. Die Regierung teilt mit, die auswärtige Schuld sei nach Besprechungen mit dem Londoner Haus Rothschild konsolidiert worden.

1. Reichsjugendkongreß des SJVD

Geschlossener Uebertritt der Minderheit der KJ-Opportunisten zum SJVD

Dresden, 5. März 1932

Am Sonnabend wurde der erste Reichsjugendkongreß des SJVD in Dresden eröffnet. Vom Volkshaus und im Großen Saal, in welchem die Konferenz tagt, leuchten die roten Fahnen.

Gen. Max Schwarz wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, unter welchen Schwierigkeiten in den wenigen Monaten die Aufbauarbeit geleistet werden mußte.

Staat und SPD-Parteibürokratie versuchten mit allen Mitteln, den Aufstieg des Verbandes zu hindern. Allen Schwierigkeiten zum Trotz konnte dennoch der Ausbau der Organisation durchgeführt und Bresche in die Reihen der indifferenten Jungarbeiterschaft geschlagen werden.

Als sichtbares Zeichen der starken Werbekraft der Zusammenschluß mit der kommunistischen Oppositionsminderheit zu werten.

Gen. Schwarz ging dann auf den offenen Brief des Reichswehrministers ein, der sich gegen die „Politisierung der Jugend“ wendet. Obwohl in der Presse mitgeteilt wurde, daß dieser Brief an alle Reichstagsfraktionen gesandt worden sei, müssen wir feststellen, daß anscheinend nur den Parteien dieser Brief zugestellt wurde, von denen Herr Groener eine zustimmende Antwort erhofft. Die Reichstagsfraktion der SAPD hat einen derartigen Brief nicht erhalten. Wenn wir trotzdem darauf in dieser Konferenz eine Antwort geben, so sei nur gesagt, daß unsere Antwort eindeutig und klar in den Programmformulierungen des Reichskongresses ihren Ausdruck finden wird.

Wir sind nicht in der Lage, wie der „Vorwärts“ zu sagen: „Wir begrüßen die edlen Absichten des Herrn Groener.“ Wir werden vielmehr gerade in der heutigen Zeit den entschlossenen Willen des Jugendverbandes zum Bekenntnis der proletarischen Revolution und der proletarischen Wehrhaftigkeit zum Ausdruck bringen!

Gen. Rosenfeld begrüßt im Auftrage des Parteivorstandes die Konferenz und wies darauf hin, daß das besondere Merkmal unserer Organisation in der engen Verbundenheit mit der SAPD begründet ist. Er gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz nicht nur für den Jugendverband wegweisend sein wird, sondern daß auch aus den Programmberatungen die Partei für den Reichsparteitag Anregungen und Lehren ziehen kann.

In dem darauffolgenden Geschäftsbericht, den die Gen. Edith Baumann erstattete, wurde mitgeteilt,

daß in allen Bezirken eine äußerst starke Aktivität zu verzeichnen sei, und daß trotz der schweren Wirtschaftskrise die Mitgliederzahl sich weiter erhöht.

In diesem Zusammenhang berichtete sie, daß der größte Teil der Delegierten infolge fehlender Mittel zu Fuß oder per Rad nach Dresden gekommen sei, um allen Schwierigkeiten zum Trotz an den Beratungen teilzunehmen. In einer kurzen Debatte wurden die Ausführungen der Referentin ergänzt und vertieft.

Nach Abschluß dieser Diskussion hielt Gen. Klaus Zweiling, Berlin, ein Referat über die „Krisis der kapitalistischen Welt“, über das wir in der nächsten Ausgabe der „SAZ“ berichten werden.

Groteske aus Hindenburg-Deutschland Groener antwortet Hitler

†Berlin, 5. März 1932

Nur in Deutschland ist die Groteske möglich, daß ein Staatsfremder sich als Nebenregierung auftritt, „Gesandte“ ins Ausland delegiert, prunkvolle Presseempfangs macht, Ukase erläßt, um dann zum Tee mit den Staatsoberhäuptern eingeladen und zur Beratung über Staatsangelegenheiten zugezogen zu werden.

Nur in Deutschland ist die Groteske möglich, daß man diesem „lästigen Ausländer“ ein Geschäft gegen die Verfassung anträgt, um sich dann von ihm über Verfassungsrecht belehren lassen und seine Absage entgegennehmen zu müssen.

Nur in Deutschland ist die Groteske möglich, daß der zur Belohnung via Regierungsratsstellung zum echten Deutschen beförderte Lautsprecher ohne Hirn sich hinsetzen kann, um einen ebenso empfindsamen wie überheblichen Brief an das derzeitige Staatsoberhaupt zu schreiben und dann mit einer Antwort des Reichswehrinnenministers beehrt zu werden.

Nur in Deutschland ist die Groteske möglich, daß diese Groteske von der bürgerlichen Presse nicht nur nicht bemerkt wird, sondern daß sie in allen Tonarten darüber jubelt, daß es „dem Hitler nun aber gegeben wird“.

Ja, das ist alles nur in Deutschland möglich, und auch der Brief des Herrn Groener trägt deutlich, allzu deutlich, die Merkmale dieses „Deutschtums“ an sich. Ihn als Groteske zu bezeichnen, würde natürlich gegen die Notverordnung verstoßen.

Wie „fertigt Groener Hitler ab“? Er stellt fest — und das ist ganz gut — daß der Propagandafachmann vom Hakenkreuz den an Hindenburg gerichteten Brief tatsächlich zu Propagandazwecken an das Ausland gerichtet hat. Und dann läßt sich Herr Groener mit dem deutschen „Duce“ in einen Streit um die Ritterlichkeit ein, in den einzumischen wir uns nicht kompetent fühlen. Wir haben ganz andere Sorgen! Jedenfalls stellt Herr Groener fest, daß es „seinem Empfinden für Ritterlichkeit“ widerspreche, „einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewundernswürdiges Zeichen seines Bemühens um eine objektive Amtsführung abgelegt hat, in Gewissenskonflikte zwischen Amtspflicht und persönlicher Loyalität zu bringen“. Ueber die „objektive Amtsführung“ ließe sich ja wohl einiges bemerken, jedoch... siehe oben.

Ja, und was ist sonst noch wichtig an diesem Schreiben? Nun, Herr Groener bescheinigt dem großen Adolf, daß die Kundgebungen und Aufrufe seiner Partei allerdings den Schluß zulassen, daß die Wahl des Haken-

kreuzführers „Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben müsse.“ Setzen wir hinzu, was Herr Groener nicht sagt: soweit sie noch vorhanden sind. Aber das sagt Herr Groener in seiner Eigenschaft als Innenminister, in seiner Eigenschaft als Wehrminister hält er natürlich fest an dem Glauben an jene „Legalität“, die die Eingliederung der Hakenkreuzler in die Reichswehr erlaubt, obwohl der Reichstag das verboten hat. Aber was ist schon der Reichstag... .

Und nun eine Stelle, die man im Wortlaut genießen muß:

„Ich bin zwar kein politischer Propagandist“, sagt Herr Groener, „aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die unberechtigt erscheinenden Befürchtungen zu wehren — nämlich:

endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer positiven Ziele, um damit die ernste Sorge von Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegende Gefahr einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen.“

So Herr Groener. Und wieder zeigt sich in dieser Auslassung daß das Bürgertum die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse höher einschätzt als diese selbst leider es tut. Hitler, ja — aber was kommt danach? Warten wir ab, was Adolf darauf antwortet.

Das wäre das Wesentliche aus Herrn Groeners Brief an Hitler. Als Nachlese nur noch sei erwähnt, daß der Herr Reichswehr-Innenminister es als seine „Ehrenpflicht als alter Soldat“ ansieht, über die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. Da wissen wir ja nun aus authentischer Quelle, wozu der Herr Reichswehr-Innenminister da ist.

Der „alte Soldat“ Groener, der „alte Soldat“ Hindenburg, der „Frontkämpfer“ Brüning, der in der Gruppe Winterfeldt zur Niederwerfung der Revolution Führer war — das ist die „deutsche Republik“, das ist die „deutsche Freiheit“, für die sich die „Eiserne Front“ einsetzt.

Es wird ihr nicht gut bekommen.

Prag läßt sich die Hitlererei nicht gefallen

TU. Prag, 5. März 1932

Zehn verhaftete Mitglieder des nationalsozialistischen Volkssportes in der Tschechoslowakei wurden nach Abschluß der polizeilichen Untersuchung in das Strafgefängnis nach Pankratz eingeliefert. Gegen sie wird die Anklage wegen Anschlages gegen die Republik, wegen verbotener militärischer Organisation und Verbindung mit dem Auslande nach dem Schutzgesetz erhoben werden. Die tschechoslowakische Presse fordert die Auflösung der gesamten deutschen nationalsozialistischen Bewegung.

Demonstrationsverbot aufgehoben — für die Hindenburg-Front

Berlin, 5. März 1932.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Innenminister Severing folgende Anordnung erlassen:

„Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten ermähliche ich die Regierungspräsidenten, in Berlin den Polizeipräsidenten, in Abweichung von meiner Anordnung vom 31. Oktober 1931 auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge bis zum 12. März 1932 einschließlich Ausnahmen zuzulassen, sofern der friedliche und ungestörte Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren.“

Wir fordern grundsätzlich die vollständige Aufhebung des Demonstrationsverbots und der Beschränkungen der Versammlungsfreiheit. Zumindest aber — darauf haben wir in letzter Zeit wiederholt hingewiesen — müssen für Zeiten des Wahlkampfes alle Be-

schränkungen fallen. Dieser Erlaß, der „Ausnahmen“ ausdrücklich zuläßt, entspricht unseren Forderungen schon nach seinem Wortlaut nicht. Aber die Begleitumstände, unter denen er erscheint, weisen aber deutlich darauf hin, daß die von uns geforderte

Freigabe der Straße sich einseitig als Hilfsdienst für die Eiserne Hindenburgfront auswirken

wird. In dem gleichen Augenblick nämlich, in dem die Öffentlichkeit von dem Severing-Erlaß erfährt, ist die „Eiserne Front“ bereits in der Lage, große Versammlungen unter freiem Himmel für Berlin und andere preußische Städte anzukündigen. Gleichzeitig wird den Roten Sportlern, die eine Demonstration angemeldet hatten, die Erlaubnis verweigert und ein bereits seit zwei Tagen mit polizeilicher Genehmigung an den Litfaßsäulen hängendes Wahlplakat der Kommunistischen Partei vom Berliner Polizeipräsidenten verboten. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Immunität des Präsidentschaftskandidaten Thälmann und mit der Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten „rücksichtslos“ gegen die Opposition vorzugehen, gewinnt der scheindemokratische Severing-Erlaß ein erheblich anderes Gesicht.

Das Recht auf die Straße darf kein Monopol der Hindenburgfront bleiben! Wir fordern gleiches Recht für das Proletariat!

durch Mehrheitsbeschluß des örtlichen Bezirks-Sowjets.

Dennoch sind noch manche Kirchen im Betrieb. Auf den Straßen sieht man Geistliche in ihren Roben wie bei uns. Ich sah kirchliche Begräbnisse mit allem Zeremoniell, sah Messen in Moskau von nie erlebter Feierlichkeit. Aber man hört keine einzige Glocke läuten in Moskau außer den Glocken des Kreml. Die aber läuten die Melodie des Liedes der Internationalen:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“

Die breite Öffentlichkeit ist der Kirche für ihre religiöse Propaganda absolut entzogen. Das ganze breite Terrain der Öffentlichkeit und alle Methoden der modernen Publizistik stehen der antireligiösen Propaganda zur Verfügung.

Ehemalige Kirchen sind in antireligiöse Museen verwandelt und dort, wo früher Altäre und Beichtstühle standen, stehen heute statistische Säulen, die Auskunft geben über die ökonomische und kulturelle Volkswohlfahrt.

Ich sah vor einer dieser geschlossenen Kirchen ein bis zur Kirchturmspitze reichendes Riesen-Diagramm, worauf in verschiedenfarbigen Kurven die rückläufige Bewegung des Analphabetentums, die rapid ansteigende Zahl der Eröffnung neuer Schulen und der ständig wachsende Millionen-Umsatz an Lehrbüchern und Bildungsschriften demonstriert wurde. Man ist in Moskau auf solche Diagramme stolzer als Rom auf seinen Petersdom.

Viele geschlossene Kirchen sind jetzt Bibliotheken, die ich oft besuchte, wenn ich frierend und verschneit Rast und Wärme suchte.

Dabei fand ich einmal in einer früheren, wundervollen Kirche in der Nähe der Moskwa eine ganze Reihe schöner deutscher Bände. Bezüglich las ich dort deutsche Dichtung und vergaß die Zeit. Es wurde spät. Ich merkte es nicht. Da kam ein alter, lärtiger Bibliothekar auf mich zu und sagte mir auf deutsch, betauernd, wie schmerzlich es ihm sei, mich

stören zu müssen, es sei halb neun, seine Frau warte schon seit acht auf ihn, und er bekomme fürchterlichen Streit mit ihr, und ohnehin sei die Bibliothek schon um sieben Uhr geschlossen.

Ich reise an die „Front“.

Nach Dnjeprostroy. Man fährt allein zwei Tage und Nächte mit dem Schnellzug. Aber das ist keine Entfernung in Rußland. Ist nur ein kleiner Abstecher. Die einzelnen Abschnitte des industriellen Aufbaus im Rahmen des Fünfjahresplans heißen „Fronten“ und „Frontsoldaten“ die dort Schaffenden.

Der Zug ist vollbesetzt mit solchen Frontsoldaten. Der Arbeit, meist jungen Frauen und Männern, zwanzig- bis dreißigjährigen, Ingenieuren, jungen „roten Direktoren“, die sich Instruktionen geholt haben beim „großen Generalstab“ in Moskau. Jetzt geht es wieder an die „Front“.

Es wird viel deutsch gesprochen im Zug. Ueberall in der ganzen Sowjet-Union wird Deutsch gelernt, weil Deutschland hier als das Land der vollendeten Wissenschaft und Technik gilt.

Ob ich ein „Spez“ bin, ein Spezialist, werde ich gefragt. — Nein, Tourist. — Wohin ich will? Wo ich wohnen will? — In Intourist-Quartieren? — Nein, ich will nur irgendwo da unten an der „Front“ für ein paar Stunden ruhen können, um frisch und aufnahmefähig zu bleiben.

„Wohnen Sie bei mir“, sagt einer, Pjotr, ein junger Konstrukteur, Turbinenbauer, der mein Freund und Führer wird. — „Sie können bei mir bleiben, in meiner Baubude, gleich am Dnjepr. Da werden Sie was sehen, da sind Sie mitten drin. Wir rücken die Zeichentische zusammen, das wird ein gutes Bett!“

Wir essen und trinken im Speisewagen. Das Gespräch geht immer und fast ausschließlich nur um die „Pjatiletk“, den Fünfjahresplan, die politische Lage und um die große Politik der Welt.

Der Ober des Speisewagens setzt sich zu uns an den Tisch, nachdem er mit seiner Arbeit fertig ist, greift in die Diskussion ein und ist nun nicht mehr Ober sondern „Tawarisch“.

Charkow.

Hauptstadt der Ukraine. Reisepause. Pjotr führt. Nie sah ich tollere Kontraste. Man steht mit einem Bein im Mittelalter und mit dem andern in New York.

Die Menschen: Langhaarige Muschicks mit wehenden Bärten, Baatschuhen, werg- und lappenumhüllten Beinen, gutnütige Schweiks, blauäugig, dreckstarrend. Aber daneben frische Jugend, sportlich, energisch, sauber, selbstbewußt. Viel hübsche Mädchen, bubiköpfig, rauehd, eilig, tätig, mit knallroten Schnäbeln, knallrot gepudert.

Die Straßen: Uferlose Wasserlachen und knöcheltiefer Dreck, Morast und Löcher, granatrichtertief. Aber daneben moderne Asphaltstraßen, spiegelglatt, umsäumt von baumbestandenen Bürgersteigen.

Großstadtbetrieb und Lärm, uralte Gefährte, ohne Federung und Bremsen, daneben aber schnittige Packards, Buiks, Rolls-Royces und Fords.

Die Häuser: Strohbgedeckte Katen. Wohnlöcher, voller Wanzen, Läuse, Flöhe, Schwaben. Aus ihren Türen dringt ekelhafter Zwiebel- und Petroleumgestank, Gestank des alten Rußland.

Aber daneben zwischen Bruch und Schutt moderne Siedlungen, kubisch, schneeuu, flachdächig, voller Glas und Licht.

Im Zentrum Charkows „Torgprom“, die zentralisierte Wirtschaftsverwaltung der ukrainischen Sowjet-Republik. Ein gigantischer Bau. Wolkenkratzer-Säulen, verbunden untereinander durch Brücken, Gänge, Korridore. Hier triumphiert in Stahl, Beton und Glas der neue Geist.

Das ist Charkow. Ehemals eine schmierige, faule Provinzstadt. Ueber Nacht vom Sturm des Bolschewismus aufgeweckt und aufgeschossen zu einer gewaltigen Metropole.



Von Rudolf Werner

Copyright by Gustav Kiepenheuer Verlag.

4. Fortsetzung

Das Wort „Arbeiter“ hat grundsätzlich andere Bedeutung im Vergleich zu dem, was bei uns landläufig Arbeiter genannt wird. Arbeiter zu heißen ist hier ehrenvoll, und in die Arbeiterkategorie aufgenommen zu werden als Intellektueller, etwa als Ingenieur, Organisator, Architekt und Künstler, ist höchste Anerkennung für geleistete Arbeit, ist Anerkennung einer Leistung als wahrhaft produktiv und damit gesellschaftsnützlich, womit außer vielen materiellen Vorteilen gleichzeitig verbunden ist das Mitbestimmungsrecht am Ausbau und Gestaltung der Gesellschaft und die Mitinhaberschaft der vollziehenden Gewalt.

Moskau ist das Rom des Ostens.

Ich sah nirgendwo soviet Kirchen. Aber nirgendwo hat die Kirche so wenig Einfluß wie in Moskau und in der Sowjet-Union.

Die Kirchen sind wie aller Grund und Boden gesellschaftliches Eigentum und werden den Kirchengemeinden nur zur Verfügung gestellt, wofür sie die Unterhaltung zu übernehmen haben. Staat und Kirche sind absolut getrennt. Es gibt kein Konkordat. Religion ist Privatsache.

Es wird eine Kirche nach der anderen geschlossen, nicht durch Beschluß von „oben“ (— es gibt faktisch kein „oben“ —), sondern

Himmelblaue Blumen und saftgrüne Wiesen

Wenn Romantiker eine gesellschaftliche Diagnose geben wollen, dann kann man schon immer von vornherein diesem Beginnen mißtrauisch gegenüberstehen. Ein Mensch, der dauernd von himmelblauen Blumen und saftgrünen Wiesen träumt, kann unmöglich seine Zeit und ihre Begebenheiten klar analysieren. Und noch viel weniger ist er in der Lage, vorausschauend die Entwicklung einer Bewegung darzulegen. Was er sagt, sind doch nur — und mag er auch noch so geschickt fruchtschwere Sätze deichseln — himmelblaue Blumen und saftgrüne Wiesen.

In diesen Tagen fiel mir eine Broschüre in die Hand, herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, erschienen im Jahre 1920, Titel: „Der junge Arbeiter — Ein Ratgeber für sozialistische Jugendarbeit“ von E. R. Müller. Müller hat verschiedene Schriften für die Arbeiterjugend geschrieben und ist also reichlich bekannt. Er hat auch „Analysen“ gegeben und der Entwicklung vorausgeschaut, er hat der stürmenden Arbeiterjugend Chausseesteine gesetzt, damit sie sich nicht verlaufen sollte. Doch heute können wir sagen: die Arbeiterjugend hielt sich nicht in diesen Chausseesteinen, sie brach durch und schuf sich eine eigene Straße, auf der sie schneller ans Ziel zu kommen gedenkt. Was nützt uns auch eine Chaussee an himmelblauen Blumen und saftgrünen Wiesen vorbei, wenn sie uns aufhält, ans Ziel zu gelangen? Lieber einen richtigen, derben Klotz, als himmelhohe „Verpflichtung“! Doch: Romantiker lieben eben so etwas nicht. Die Jugend jedoch hat gesagt: wenn uns ein Ziel winkt, dann dort hin, auf dem schnellsten Wege, dort gibt es bestimmt noch schönere Blumen und Wiesen!

E. R. Müller — und damit auch der Hauptvorstand der damaligen SAJ — gefiel dies Ausbrechen der Jugend nicht und sie kritisierte.

Während des Krieges hatte sich die arbeitende Jugend schon einmal stark politisiert, stürmte gegen den Krieg an, sah in Rußland das Proletariat ans Ziel gelangen und verabscheute die Blumen und Wiesen. Das gefiel Müller gar nicht. Er schrieb auf Seite 14:

„Wir haben in der Kriegszeit die politisierende Jugend kennengelernt und freuen uns nicht über sie. Nicht ihr revolutionärer Uberschwang, der häufig „ganz links“ gerichtete Radikalismus waren die Ursachen, sondern die offenbare geistige Hilflosigkeit der Jugend in einer Zeit, die auch in ihr Leben soziale Probleme von größter Bedeutung wälzte. Sie wurde in ihrer Ohnmacht zum Freiwild gewissenloser politischer Abenteurer.“

Die Verwirklichung der seit Jahren geforderten Menschenrechte, den Drang zum Ziel, das nannte man „geistige Hilflosigkeit!“ Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die sollten die Arbeiterjugend als „Freiwild“ behandelt haben und sollten gewissenlose politische Abenteurer gewesen sein! Daß zu behaupten, dazu gehört viel, sehr viel Gemeinheit!

„Es wurde von Sechzehn- und Siebzehnjährigen häufig „Nieder mit der Regierung Ebert!“ gerufen und das „Rätesystem nach russischem Muster“ gefordert.“

O heilige Dummheit! Wie konnten auch diese Jugendlichen in das staatliche Intrigenspiel mit ihren Losungen eingreifen! Was nahm sich damals doch schon die Jugend heraus!

Doch Müller und der Hauptvorstand wollten nicht blindwütig schimpfen, wie es „unverständliche Grauköpfe, Politiker und sonstige erschreckte Seelen“ taten, die ihre Hände zusammenschlugen und zankten:

„Diese Lausbuben, die übergeschnappte Jugend. Sie stellte Forderungen auf, deren Tragweite sie keineswegs überschauen kann. Was weiß so ein 16jähriger Guckindiewelt vom Rätesystem und der Bedeutung der Demokratie.“

Nein! Sie wollten der Sache wirklich intensiv auf den Grund gehen, untersuchen, analysieren, Folgerungen ziehen.

„Man hätte der Sache auf den Grund gehen sollen. Sicher wäre die Entrüstung verfliegen, und auch der Spott hätte sein Mundwerk geschlossen. Denn die Jugend sucht mit ihren Fahnen, Reden und Liedern weder ein Rätedeutschland noch ein Sowjetrußland, sie suchte — ihr Jugendland.“

Also sind sie auf den Grund gegangen, haben ein Jugendland gefunden — und sind eroffen. Also machte die SAJ die Weimarerperiode durch, suchte das „Jugendland“, fand es nicht, politisierte ein wenig mehr, fand immer noch nicht das „Jugendland“ — und wenn sie nicht bald sterben, dann suchen sie noch hundert Jahre.

Die heutige Situation ähnelt der Kriegsperiode der arbeitenden Jugend. Heute fordert die Jugend auch wieder das Rätesystem. — Doch das ist ja Dummheit, das macht ja die Jugend gar nicht, wir verkennen überhaupt den Drang der Jugend! Was will denn die Jugend, was tut sie, was sind ihre Ideale: E. R. Müller hat es damals schon gesagt:

„In ihrem Alter hat man Ideale, liest man Gedichte oder macht zuweilen — dem Himmel sei's geklagt — selbst welche. Man hat Freundschaften, die das Herz erfreuen oder schwer machen, trägt zu jeder Stunde Pläne mit sich herum, über die eigene Gestaltung des künftigen Lebens, das selbstverständlich ein Höhenflug werden soll.“

Das waren die Interessen der Jugend in der Periode, die unserer heutigen ähnlich ist. Logisch: heute haben wir es ungefähr eben so. Und wer es nicht glaubt — wird erschossen!

★

Der SJV ist durchgebrochen und läßt die neuen Müllers und die Hauptvorstände allein sich an den Blumen und Wiesen erfreuen. Die Jugendgenossen rufen „Freundschaft“ und „Kampfbereit“ und lassen Max Westphal allein sagen: „Liebe Buben und Mädels!“ und den Müller: „Kisch, kisch, such, such das Jugendland!“

Werner Inter.

Krise der Jugend

Ernst Fischer: Krise der Jugend, Verlag Heß & Co., Leipzig und Wien, Preis 1,35 M.

I.

Zu den vielen Büchern über die Jugend noch ein neues, wird mancher zweifelnd fragen, wenn er das Buch von Fischer in die Hand nimmt.

Aber hier ist ein Buch geschrieben, das nicht nur mit psychologischem Verständnis die Probleme der Jugend klären will, sondern mit starker, mitreißender Klarheit wird angegriffen und Partei genommen und der Jugend die Wege gezeigt, die sie aus abwartender Passivität aufrütteln sollen.

An drei großen Erscheinungen versucht Fischer die Krise der Jugend in der kapitalistischen Gesellschaft darzustellen, er betont aber ausdrücklich, daß die Krisenerscheinungen in der Jugend keine unabhängigen Probleme sind, sondern bedingt durch die gesellschaftliche Krise.

Im ersten Kapitel: Krise der Wirtschaft

zeigt Fischer den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die eine Planwirtschaft anstrebt, aber die Profitwirtschaft nicht preisgeben kann, weil sie sich sonst selbst aufgeben müßte. Die Maschine wird zum alles beherrschenden Gott gemacht, die Menschen zur Ware, die man je nach Angebot bezahlt. Fortschreitende Rationalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit wird produziert — die Ware „Mensch“ ist gewaltig im Preise gesunken.

Die Wirtschaftskrise wird zur Krise der Jugend. Mit unerbittlicher Deutlichkeit zeigt Fischer die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit gerade auf die jungen Menschen, deren Aktivität sinnlos verpufft wird. Aber, schließt Fischer dieses Kapitel: „Alles, was ihr in dieser Krise des Kapitalismus erleidet, wird sinnlos sein und bleiben, wenn ihr den Mut nicht habt, ihn zu beenden!“

Hand in Hand mit der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Passivität der Jugend geht ihre Ratlosigkeit in sexuellen Fragen.

II.

Im zweiten Kapitel nimmt Fischer zu diesen Dingen, die die Jugend mit am schwersten bedrängen, Stellung.

An den merkwürdigen Moralansichten und Heucheleien in der bürgerlichen Gesellschaft beweist er die Verfallserscheinungen der bürgerlichen Familie. Sehr bezeichnend nennt er ihre Liebe eine „Mischung aus Mondschein und Dreck.“

Die Jugend versucht hier die leere Form mit einem besseren Inhalt zu füllen. Unzählige Ausspracheabende in den Gruppen beweisen uns ja immer wieder, daß hier um einen neuen Weg gekämpft wird, daß die Jugend mit verbissener Leidenschaft die alte Moralheuchelei überwinden will. Wohl haben wir größere Freiheiten als die Jugend vor ein paar Jahrzehnten, aber diese Freiheiten sind nur scheinbar vorhanden. Die großen Probleme der Wohnungsnot, der Schwangerschaft und der Gleichaltrigkeit türmen sich wie schwarze Schatten über die Sexualität der jungen Menschen.

Die neue Sachlichkeit ist ein Resultat dieser Entwicklung, die Liebe wird rationalisiert, „man hat keine Zeit mehr für große Gefühle.“ Bilden wir uns aber ja nicht ein, daß uns dieser Zustand befriedigt, wir fühlen wohl die Leere und Leidenschaftslosigkeit unserer Situation, aber wir bauen eine Barriere gegen uns selbst, und nennen das „moderne Sachlichkeit.“

Die Schwierigkeiten, mit denen wir hier zu kämpfen haben, sind aber nicht durch Teillösungen zu beheben. Fischer beweist immer wieder, daß es einen Ausweg aus

der Krise der Jugend, die ja nur eine Ausdrucksform der Krise des Kapitalismus ist, weder durch psychologische noch medizinische Ratschläge gibt, sondern nur durch den Umsturz der Wirtschaftsordnung und die Kampfbereitschaft der jungen Generation.

Uns alle geht diese eindringliche Mahnung an, die Fischer an den Schluß dieses Teiles setzt, wo er sagt: „Hab den Mut, anstatt eure Unzulänglichkeiten psychologisch zu betrachten, ein unzulängliches System zur Verantwortung zu ziehen, aus euren individuellen Leiden sozialrevolutionäre Konsequenzen zu ziehen.“

III.

Der letzte Teil des Buches setzt sich auseinander mit der Krise der Weltanschauung.

Das Wandern im SJV

Wir stehen vor dem Einzug des Frühlings und müssen uns die Frage vorlegen: Sollen wir im SJV wandern oder nicht?

Diese Frage beantworten wir mit ja. Wir sollen wandern; aber unter ganz anderen Voraussetzungen als ehemals in der SAJ. In der SAJ war das Wandern im Sommer Hauptteil der Gruppenarbeit. Alle anderen Arbeiten wurden da in den Hintergrund gedrängt. Im SJV soll aber das Wandern keine spezielle Beschäftigung sein, sondern hervorragende Gruppenarbeit in dem Sinne, wie ich es nachstehend schildern will.

Zunächst wollen wir als sozialistisch denkende Jugend auf keinen Fall den Fehler machen, die Dinge, denen wir beim Wandern begegnen, nur gefühlsmäßig zu betrachten. Am Bergesrand steht ein altes, vom Wetter mitgenommenes Haus. Die Genossen sagen: „Das ist schön!“ — und vergessen dabei das Elend, das in diesem Hause herrschen mag, zu bedenken, das Soziale zu beleuchten. Für uns darf das Wandern nicht ein bloßes Naturbeschauen sein, wir müssen dazu kommen, jede Wanderung propagandistisch auszunutzen. Sehr oft also zeigen sich auf den Wanderungen Beispiele, an denen man den Genossen klar machen kann, welche krassen Gegensätze innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft herrschen.

Wir sind auf dem Bahnhof. Der Zug kommt: 1. 2. und 3. Klasse (früher gar 4.). Rundum: Hotels ersten Ranges. Die Proletarier müssen in Kneipen übernachten.

Häufig werden Wege gesperrt. Gehen wir dem Grund nach, so stellen wir fest, daß das aus rein privategoistischen Gründen geschehen ist.

Von sozialen Erlebnissen auf Fahrt kann man vielerlei berichten. Man darf sich auf Fahrt nicht mit Spiel und Sport zufrieden geben, sondern muß vor allen Dingen die soziale Lage der Einwohnerschaft der durchwanderten Orte studieren.

Hier besichtigen wir ein Rittergut, sehen mustergültige Viehställe, versehen mit den neuesten technischen Einrichtungen. Eine Stunde später sehen wir das krasse Gegenteil, die Wohnung eines Landarbeiters. Gerade im Sommer können wir feststellen, daß die Frauen- und Kinderarbeit auf dem Lande noch in voller Blüte steht.

Das Los der Landarbeiter ist zugleich das Los der Heimarbeiter. Wir sehen über einen Tisch gebeugt eine vielköpfige Familie, von früh bis spät abends ihre Arbeit für kargen Lohn verrichtend.

Die politischen Verhältnisse ärgern uns genau so interessieren wie die sozialen. Ver-

In der Jugend wächst das Gefühl, daß alles Bestehende versagt hat, allzu deutlich spürt sie den Gegensatz zwischen Denken und Handeln. Überall wird verhandelt — gerätet — verhandelt am laufenden Band — in den Parlamenten, in den Organisationen, in den Parteien.

Und das Ergebnis? Wirtschaftskrise — Arbeitslosigkeit — Rationalisierung ohne Ende, — so sieht, so erlebt die Jugend das Ergebnis aus Vernunft und Technik, und sie revoltiert gegen diese Vernunft, sie glaubt nicht mehr den schönen Reden, sondern will handeln! Sie will, daß endlich irgend etwas getan wird. Und hier zeigt Fischer, wie der Nationalsozialismus es verstanden hat, mit seinen Phrasen von Blut und Eisen, von Vergeltung und Verteidigung die Jugend, die nach Aktivität drängt, für sich zu gewinnen. Erbarmungslos enthüllt er das wahre Gesicht dieser Bewegung, die durch gemeinen Betrug die revoltierende Jugend für ihre Zwecke ausnützt. Das unklare Programm und vor allen Dingen der Hinweis auf die Kraft des einzelnen gibt dem Erlebnisdrang der Jugend einen weiten Spielraum.

Der unklaren Phrasenhaftigkeit des Nationalsozialismus stellt Fischer die Klarheit und Stärke der sozialistischen Gedankenwelt gegenüber. Hier muß die Jugend ihren Kampf verankern! Die konkreten Aufgaben, die aus der Halbheit und Passivität aufrütteln sollen, wachsen aus dem Buch heraus: der Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, ohne die es keine Befreiung der Jugend aus den Krisenerscheinungen gibt.

Das mit tiefer Leidenschaftlichkeit und überzeugender Klarheit geschriebene Buch klingt aus in den Mahnruf:

„In Zukunft gibt es nur einen Namen für das Versagen der Jugend: Kapitalismus!
Einen Namen für ihren Sieg: Sozialismus!“

Edith Fleischer.

suchen wir doch, als neue Partei überall Boden zu gewinnen.

Wie aber werten wir die Wanderung propagandistisch aus? Neulinge sind in unseren Reihen. Durch unsere Erklärungen und Kritiken auf Fahrt lernen sie das Geschehene ganz anders kennen. Früher auf Schulwanderungen erzählte der Lehrer nie von sozialen Gegensätzen; es wurde eben nur besichtigt. Der Neueingetretene lernt beim Wandern von uns den Sinn der Bewegung richtig kennen und wird zweifellos an die Bewegung gefesselt.

Die beste aller Wanderungen bleibt jedoch die Werbung. Verbinden wir jede Wanderung mit einer Werbung für Partei und Jugend (die Erfolge in unserer Gruppe sind immer gut gewesen).

Wenn es uns gelingt, auf dem Lande schon bestehende Ortsgruppen zu stützen und zu stärken oder gar neue zu gründen, dann dürfte das Wandern des SJV seinen Sinn und Zweck reichlich erfüllt haben und eine gute Gruppenarbeit sein.

Fred Lorenz

Kampfbereit oder Freundschaft?

Die Debatte über den Gruß des SJV hat eine wahre Flut von Einsendungen hervorgerufen. Insbesondere wurde der letzte Artikel des Genossen hart hergenommen, der der Auffassung war, man müßte selbst den knüppeltragenden Faschisten „Freundschaft“ bieten.

Wir bitten aber, ungeachtet daß jede Debatte in irgendeiner Weise fruchtbar ist, mit der Grußdebatte zu stoppen.

Wir stellen fest, daß die große Mehrzahl der Einsender sich für „Kampfbereit“ entschieden hat, zum wenigsten als Gruß nach außen. Die Genossen betonen dabei, daß der Kampf ja in keinem Fall den Arbeitern gelten soll, die vom Klassenfeind verblendet sind — wir müssen uns gegen sie verteidigen —, aber das „Kampfbereit“ richtet sich vor allem gegen das kapitalistische System, gegen Kapitalismus und Reaktion.

Ferner betonen die meisten Einsendungen, daß „Freundschaft“ als Gruß der Genossen untereinander deshalb nicht aufgegeben zu werden braucht, zum wenigsten nicht durch irgendwelche organisatorische Maßregeln, abgebaut werden soll.

Als Kampfgruß sei er jedoch für einen aktiv revolutionär eingestellten Jugendverband nicht das richtige.

A Braunschweig berichtet:

Klagges-Küchenthal-Etat angenommen

Braunschweig, 4. März 1932.

Unsere Leser wissen, daß von den 40 Abgeordneten des Braunschweiger Landtages nur 20 unbedingt hinter der deutsch-national-sozialistischen Regierung Küchenthal-Klagges stehen. Der 21., der Jungdomann Schrader, ist „mal links herum, mal rechts herum“, bald für, bald gegen Klagges. Um der Regierung für alle Fälle die Mehrheit zu sichern (Schrader maulte gerade wieder einmal), hatte der Nazi-Präsident Zörner die beiden kommunistischen Abgeordneten auf 8 Sitzungen ausgeschlossen.

Nun trieb die SPD-Pressen wochenlang eine wüste Hetze gegen die KPD. Der „Volksfreund“ behauptete immer und immer wieder, die KPD hätte es jetzt in der Hand, Klagges zu stürzen. Wenn die beiden kommunistischen Abgeordneten, so argumentierte der „Volksfreund“, jetzt ihre Mandate niederlegen, ihre Listennachfolger einrücken lassen, so hat die Regierung Klagges-Küchenthal für ihren Etat nur 20 von 40 Stimmen, der Klagges-Etat wird abgelehnt, und die Regierungszeit des einzigen nationalsozialistischen Ministers in Deutschland ist abgelaufen.

Wir glauben nicht, daß die Redakteure des „Volksfreunds“ so naiv sind, wie sie hier tun. Sie wissen ganz genau, daß

1. der Jungdomann Schrader Fleisch vom Fleische Klagges' ist und durchaus nicht zu den sicheren Oppositionsstimmen gezählt werden darf (In der Tat hat eine einzige Unterredung zwischen Schrader und Klagges genügt, um den Jungdomann in die Front der Regierung einschwenken zu lassen!);

2. selbst wenn Schrader ganz gegen seine Veranlagung bei seiner zunächst ablehnenden Stellung verblieben wäre und die Opposition wäre — Niederlegung der Mandate der beiden ausgeschlossenen Kommunisten angenommen — in der vollen Stärke von 20 Mann angetreten,

Nazi-Zörner bestimmt einen Anlaß gefunden hätte, dieses zu erwartende Abstimmungsergebnis zu korrigieren, indem er einige oppositionelle Abgeordnete des Saales verwiesen hätte. Da hätte die ganze Opposition schweigen können wie ein Massengrab, der Nazi-Präsident hätte sie sicher — und sei es wegen „störender Stummheit“ — um ein oder zwei Abgeordnete geschwächt. Hätte er das formelle Recht dazu? Ja; denn die von der SPD seinerzeit verschärfte Geschäftsordnung bietet reichlich Handhaben dazu.

3. Selbst angenommen, der Klagges-Etat wäre abgelehnt worden, hätte das den Sturz der Regierung Küchenthal-Klagges bedeutet? Keineswegs! Unter Berufung auf die sogenannte „Ländernotverordnung“, die natürlich von der SPD ebenso wie alle anderen Notverordnungen toleriert wurde, hätte Klagges munter weiter regiert.

So entpuppt sich die ganze wochenlange Hetze des „Volksfreunds“ gegen die beiden kommunistischen Abgeordneten als ein übles Ablenkungsmanöver der hiesigen SPD, die mit dem „radikalen Kampf“ gegen die Regierung Klagges-Küchenthal die Auseinandersetzungen über die entscheidenden Fragen der Reichspolitik in den Hintergrund schiebt. SPD und NSDAP spielen ein betrügerisches Spiel. Die

Mainz

Eine Lektion für die „Eisernen“. Die diesjährige Generalversammlung des Kartells Groß-Mainz der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege fand ganz besondere Beachtung. Selbst die SPD-„Volkszeitung“ hatte, zum erstenmal in der Geschichte des Mainzer Kartells, einen eigenen Berichterstatter entsandt. Die Tatsache, daß von den vier Mitgliedern des engeren Vorstandes der Vorsitzende und Schriftführer der SAP angehörten ließ schon seit Ende des vorigen Jahres zahlreichen SPD-Leuten keine Ruhe. Die Wahl des Vorstandes brachte dann auch Bewegung in die Reihen der Delegierten. Der Vorschlag des Landeskartellvorsitzenden, den engeren Vorstand wiederzuwählen, begegnete sofort dem Widerspruch der SPD-Genossen. Diese verlangten von unseren Genossen Hanenberger und Janecek eine Erklärung, ob sie bereit seien, die „Eiserne Front“, entsprechend dem Beschluß des ZK-Vorstandes in Berlin anzuerkennen und ihr beizutreten; andernfalls dürfe eine Wahl der beiden Genossen nicht mehr erfolgen. Die Erklärungen unserer Genossen waren klar und eindeutig. Sie besagten, daß unsere Genossen bereit seien, alle Beschlüsse der ZK anzuerkennen, wenn sie im Interesse der Einheit des Arbeitersportes liegen; nicht anerkennen aber würden sie einen Beschluß wie den des bedingungslosen Anschlusses an die „Eiserne Front“, von der die Mainzer „Volkszeitung“ sagt, daß sie nicht nur gegen Nazi, sondern auch gegen „Kozzi“ kämpfen werde. Nachdem der Landeskartellvorsitzende, Genosse Wolf, Darmstadt, seinen Vorschlag, den alten Vorstand wiederzuwählen, nach diesen Erklärungen fallen ließ, wurde aus der Versammlung der Antrag zurückgezogen und erneut gestellt. Erst nach zweistündiger, zum Teil sehr bewegter Diskussion kam es zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Der Antrag auf Wiederwahl des engeren Vorstandes in seiner bisherigen Zusammensetzung mit unserem Genossen Hanenberger als 1. und dem Genossen Janecek als 2. Vorsitzenden und Schriftführer wurde mit 24 gegen 13 Stimmen bei einigen Zusammenhaltungen angenommen. Das Bekanntwerden des Wahlergebnisses brachte einige SPD-Genossen so aus dem Häuschen, daß sie unter lautem Lärm die Versammlung verließen.

SPD toleriert die Notverordnungen und „kämpft“ gegen die Anwendung dieser Notverordnungen durch die Regierung Küchenthal-Klagges im Lande Braunschweig. Die NSDAP „bekämpft“ im Reiche die Notverordnungen und wendet sie durch die Regierung Klagges-Küchenthal in Braunschweig an. Sie rühmt sich sogar ihres sanierten Etats! Wenn irgend jemand Ursache hat, dem Reichskanzler Brüning für die Notverordnungen zu danken, so ist es die gegenwärtig amtierende Braunschweiger Regierung. Dem Etat merkt man allerdings sehr an, daß Brüning ihn ermöglichte und Klagges-Küchenthal ihn im einzelnen schufen:

Etat 1931/32		1932/33	
Allgemeine Wohlfahrtspflege:			
110 000 RM		73 000 RM	
Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte:			
180 000 RM		149 000 RM	
Jugendwohlfahrtspflege:			
30 000 RM		12 000 RM	
Erholungsfürsorge u. Kinderspeisungen:			
90 000 RM		60 000 RM	
Schulgesundheitswesen:			
70 000 RM		40 000 RM	
Für begabte u. hilfsbedürftige Schüler:			
30 000 RM		22 500 RM	
Schulbauten:			
150 000 RM		— (!)	

Bei diesen Gegenüberstellungen fehlen noch ganz die Zahlen des Plans „Finanzminister“, die uns zur Zeit noch nicht vorliegen. Erst in diesem Plan werden alle steuerlichen, alle Lohn- und Gehaltsabbaumaßnahmen der gegenwärtigen Regierung offen zutage liegen. Für diesen Plan „Finanzminister“ gilt beson-

Peine

KPD sabotiert Wahlarbeit für den eigenen Präsidentschaftskandidaten. Die Ortsgruppe Peine der SAP hat an den Vorstand der KPD-Ortsgruppe einen offenen Brief gerichtet, in dem es heißt: „Bereits am 26. Februar überreichten wir euch die Aufforderung, mit uns gemeinsam einen Ernst Thälmann-Wahlschub Peine zu bilden, um dem einzigen von der kommunistischen Partei für die Präsidentschaftswahl benannten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann am 13. März einen auf breiter Front erzielten Wahlerfolg in Stadt und Kreis Peine zu sichern. Einem solchen Ausschub hätten sich zweifellos und ganz besonders auf den Dörfern des Kreises Peine große Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeiten geboten. Wir haben der Aufforderung keine in unserem Parteiinteresse liegende Bedingungen beigefügt, sondern damit einzig und allein dem Klasseninteresse der Arbeiterschaft der Stadt und des Kreises Peine dienen wollen. Trotzdem nun der Genosse Kratz in der Eckartversammlung am 26. Februar vor rund 1000 Arbeitern aller Parteien erklärt hat, daß er mit der Bildung des Ausschusses einverstanden sei, habt ihr uns bis zur Stunde keine Antwort auf unseren Vorschlag erteilt. Wir sind daher gezwungen, anzunehmen, daß ihr entgegen eurer anfänglichen besseren Einsicht nachträglich aus parteiegoistischen Gründen die Bildung eines solchen Ausschusses auf breiter Front nicht wollt. An unserem energischen Eintreten für die Kandidatur des Genossen Ernst Thälmann wird dadurch freilich nichts geändert. Verhindert aber habt ihr — und dessen beschuldigen wir euch — die Sammlung und den geschlossenen Einsatz aller revolutionären Kräfte der Peiner Arbeiterschaft für den einzigen am 13. März zur Wahl stehenden Arbeiterkandidaten. Es dürfte eurer Aufmerksamkeit auch nicht entgangen sein, daß die SAP in Peine in ihrem Kampf um die Zurückführung der Gewerkschaften in die Klassenfront bei der Vorstandswahl des ADGB nur mit 16:22 Stimmen in der Minderheit geblieben ist, ein Erfolg, wie ihr ihn seit Jahren in eurer hiesigen Gewerkschaftspolitik nicht aufzuweisen habt. Lediglich eure seit 4 Jahren betriebene falsche Gewerkschaftspolitik hat auch hier den sonst sicheren Sieg des revolutionären Flügels der Peiner Arbeiterschaft verhindert. Wir bringen euch das hiermit in die Erinnerung und der Peiner Arbeiterschaft zur Kenntnis, weil wir der Auffassung sind, daß dem 1. Wahlgang am 13. Mär. aller Wahrscheinlichkeit nach der 2. Wahlgang am 10. April folgen wird und wir es für unsere Pflicht halten, entsprechend der Ueberzeugung jedes klassenbewußten Arbeiters, alles zu versuchen, der arbeitfeindlichen Faschisten- und „Eisernen“ Hindenburgfront die proletarische Klassenfront mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aller Arbeiter entgegenzustellen. Dabei sind wir davon überzeugt, daß einzig und allein nur eine solche Politik die Zustimmung der ganzen Arbeiterklasse finden und dem drohenden Faschismus ein unüberwindliches Bollwerk entgegenstellen wird.“

Neumünster

Aus der Hitlerei. Nachdem die Nazis mit Ritterlichkeit und reichlich viel roter Farbe die Häuserwände zwecks Propagierung ihres Gendarms zum Reichsoberhaupt beschmiert hatten, machen sie neuerdings in Flugzetteln. Da ihnen vor den Betrieben die Verteilung nicht ganz geheimer vorkommt, rücken sie gleich mit einer ganzen SA-Kompagnie an. Als die Arbeiter trotzdem die Annahme der Zettel verweigerten, suchte man sie ihnen zwangsweise in die Taschen zu stecken. Dank der Besonnenheit der Arbeiter wurden ernste Zusammenstöße vermieden. Die Polizei mußte dem Spuk schließlich ein Ende bereiten. Die Versammlung der Arbeiter vom Eisenbahn-

ders, daß Brüning sein Schöpfer, die Deutschenationalen und die Nazis aber seine politischen Nutznießer sind.

Unsere Partei hat im Lande Braunschweig besonders schwierige Arbeit zu leisten. Trotz allem aber geht es vorwärts. Die Ziegler-Versammlung brachte uns einige neue Kampfgenossen. Der innere Ausbau unserer Organisation schreitet rüstig vorwärts. Nützen wir die Zeit!

Zu welchen unglaublichen Mitteln die SPD-Bürokratie in ihrem Kampfe gegen uns greift, dafür bot die Erklärung unseres Genossen Kämmer, ehemals 2. Vorsitzender des Ortsvereins Braunschweig der SPD, ein drastisches Beispiel:

„Funktionäre der SPD gehen immer wieder damit hausieren, ich sei — bei den Nazis gelandet. Ich erkläre hiermit öffentlich, daß daran kein wahres Wort ist. Unsere Genossen mögen an diesem Beispiel sehen, daß die verantwortlichen Spitzenfunktionäre der SPD vor keiner Verleumdung zurückschrecken, wenn es gilt, ein Mitglied der SAP herabzusetzen.“

Wir fügen dieser Erklärung hinzu, daß die „hohen“ Funktionäre der SPD, deren Äußerungen über den Genossen Kämmer uns bekannt sind, ihre Auslassungen in einer Form wiederholen mögen, die eine gerichtliche Ausstrahlung möglich macht. Jedenfalls sind wir fest entschlossen, diesem Verleumdungsfeldzug, den hohe und höchste Funktionäre der SPD unterirdisch gegen den Genossen Kämmer führen, ein schnelles Ende zu bereiten. Das gebietet unser und der gesamten Arbeiterbewegung Interesse!

betriebswerk beschloß, für die Zukunft alle Zettel der Nazis zu verweigern. Wir begrüßen das und hoffen, daß die anderen Betriebe ebenso verfahren.

„Der Weg ins Leben“ heißt ein Russentonfilm, der im Thalia-Theater (Friedrichstraße) läuft. Er behandelt in grandioser Form das russische Problem der Kinderverwahrlosung. Das für spießbürgerliche Begriffe undiskutable Erziehungsprinzip, junge, durch die Not der Zeit heimatlos gewordene Kinder durch die Arbeitsgemeinschaft und die gefühlsmäßige Regung des Verantwortungsbewußtseins ins Leben zurückzuführen, ist der auch in Deutschland notwendig gewordene Schrei, den dieses Filmwerk dem Zuschauer entlockt. Das „Heimatblatt für alle Stände“ hat diese „Gefahr“ richtig geschuppt. Darum meint es auch schreiben zu dürfen, daß „die Tendenz dieses Bildstreifens versteckt zum Bolschewismus, zur Gottlosigkeit, zum Rußland von heute hinführen soll. Wahrheit und Lüge sind raffiniert gemischt zu einem wohlberedelten Zweck.“ Der klassenbewußte Arbeiter aber weiß, daß diese „Filmkritik“ die versteckte Tendenz einer von Lügen über Sowjetrußland genährten Einstellung bedeutet. Er wird sich von solchen Dingen nicht beeinflussen lassen. Wir empfehlen jedem, sich den Film anzusehen.

Segeberg l. H.

Das Urteil im Naziprozeß. Der feige Ueberfall der Nazis auf die Reichsbannerleute in der Gastwirtschaft in Quaal hat im Schnellverfahren seine sehr gelinde Sühne gefunden. Der Nazi Ziegenfuß erhielt als Hauptmacher ein Jahr drei Monate Gefängnis bei sofortigem Haftbefehl, Scheider fünf Monate, Dabelstein, vier Monate, sechs weitere Nazis erhielten je drei Monate und vier andere je einen Monat Gefängnis. Zwei wurden freigesprochen. — Wir fragen: sind hiermit die schweren Verletzungen bei vier Reichsbannerleuten wieder gutgemacht?

Oberhohndorf

Versammlungsbesuch der SAP bei der SPD. Die Eisernen machten mit Thielemann, Braunschweig, eine öffentliche Versammlung. Seine Aufforderung, Hindenburg zu wählen, fand keinen Anklang. In der Diskussion nahmen Genosse Nimbs vom SJV, ein Freidenker- und ein Parteigenosse das Wort, denen man 20 Minuten Redezeit gewährte. Unsere Genossen und der der KPD forderten auf, die Stimme Thälmann zu geben, was von der Versammlung begrüßt wurde. Im Schlußwort des Referenten zeigte sich sein Hang zur Selbstverherrlichung wieder. U. a. sagte er im Schlußwort: „Es ist eine Errungenschaft meiner Partei, daß ein junger Mann die Bühne betreten darf, um mit Phrasen von Marx herumzudreschen. Der junge Mann (Genosse Nimbs) sieht doch noch ganz anständig mit seinen Knickerbockern aus, das ist auch ein Erfolg der SPD, denn in Ungarn, wo Horthy haust, gehen die Arbeiter barfuß und mit zerlumpten Hosen in die Versammlung. Hoffentlich sehen die Arbeitslosen ein, wie herrlich sie in Deutschland leben.“

Friedrichsgrün

Eiserne Frechheit. Da sich nur 41 Mann für die Eiserne Front eingetragen hatten, glaubte das Aufsichtsratsmitglied des Konsumvereins, Paul Franz (SPD), das Eiserne Buch auch in der Verkaufsstelle des Ortskonsums auslegen zu dürfen. Wir verlangen nach dieser einseitigen Stellungnahme der Genossenschaft für Hindenburg, daß auch den sozialistischen Arbeitern bei ihrer Propaganda für den proletarischen Präsidentschaftskandidaten die nötige Unterstützung gewährt wird. Andernfalls könnte leicht der Fall eintreten, daß die SAP- und KPD-Genossenschaftler die Konsequenzen aus der mangelnden Berücksichtigung ihrer politisch-proletarischen Interessen zögen.

KPD - Bürokratisches

Die sächsische KP ist unlängst vom ZK ihres „Opportunismus“ wegen schwer gerüffelt worden, weil einige Leitungen mit der SAP zusammenarbeiteten. Selbmann, „Führer der sächsischen Kommunisten“, macht jetzt in Großkampf gegen den „Opportunismus“.

Die BL der SAP-Chemnitz-Erzgebirge hatte an die UBL der KPD ein Schreiben gerichtet mit der Aufforderung, die Bildung gemeinsamer Wahlausschüsse für Thälmann und Aktionsausschüsse für den Volksentscheid gegen den Sachsenlandtag zu unterstützen. Das wäre keine Verwirklichung der Einheitsfront gewesen, wohl aber eine Verwirklichung des Einheitsfrontwillens, der ja die Voraussetzung für die Einheitsfront ist.

Jetzt hat die KP-Leitung „geantwortet“. Eine halbe Seite im Fettdruck ist im „Kämpfer“ dieser „Antwort“ gewidmet. In Balkenüberschriften prangen die Worte: „Unsere Antwort an die Weltfülle!“

In einem wüsten Schrieb wird die objektive und subjektive Hilfsstellung der SAP für Hindenburg „unter Beweis“ gestellt.

„Die Frage der Bildung der proletarischen Einheitsfront auf das Gebiet bürokratischer Spitzenverhandlungen zu schieben, ist der Einheitsfront nicht nützlich.“

Das ist mehr, als wir erwarten konnten, denn damit hat die KP ja zugegeben, daß ihre Spitzenbürokratie sind, denn in unserem Bezirk ist nicht ein Genosse, der Parteigestellter oder Bürokrat wäre. Unsere Bezirksleitung setzt sich aus Proleten aus Betrieb und Stempelstelle zusammen! Mit den Bürokraten meint man also sich selbst!

„Die revolutionäre Einheitsfront kann nur im gemeinsamen Kampf usw. geschaffen werden, wobei sich die Arbeiter ihre eigenen revolutionären Einheitsfrontorgane schaffen werden.“

Aber das wollen wir, und das wird von der KP sabotiert. Uns ist es nicht um die KP-Führer, sondern um die Arbeiter zu tun, und wenn wir versucht haben, die Sabotage dieser Führer zu unterbinden, dann war das richtig. Wenn sie sich selbst als Saboteure entlarven, dann ist auch das schon für uns wertvoll.

In derselben Nummer des „Kämpfer“ finden sich an anderer Stelle mit Bezug auf die SAP-Führer folgende Stüblüten: „Streikbrecher, Saboteure des Kampfes gegen den Mordfaschismus, Flügeladjutanten der Hindenburgpolitik, verbrecherische Demagogen der SAP“ usw. Das zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Crimmitschau

Unsere letzte Hausagitation brachte uns wiederum einen guten Erfolg. Es wurden letzten Sonntag vormittag von einer kleinen Komone unserer Funktionäre 15 neue Genossen für die Partei, 13 Kurier- und 2 SAZ-Leser gewonnen. Die nächste Agitation wird uns durch größere Beteiligung einen noch größeren Erfolg bringen.

Protestversammlung. Freitag, 11. März, 20 Uhr, im Volkshaus (großes Zimmer) Parteiversammlung. Bericht über die letzten Tagungen und Organisatorisches. Gleichzeitig werden wir über die in der SAZ zur Diskussion gestellten Vorschläge der Programm-Entwürfe sprechen. Bringt alle Interessenten mit.

Unsere Schutzbundsgruppe erfreut sich einer guten Entwicklung. Konnten wir letzstens 138 aktive Genossen melden, so sind wir durch unsere letzte Werbung wieder um einige Kampfgenossen stärker geworden. Unter den schwersten wirtschaftlichen Verhältnissen tut jeder seine Pflicht.

Zu einer öffentlichen Diskussionsversammlung hatte die KPD aufgerufen. Zu dem Thema: „Hindenburg oder Thälmann?“ sprach Genosse Gerson, Zwickau. Nach sachlichen Ausführungen behauptete Gerson einige Unwahrheiten über unsere Stellung zu Sowjetrußland. Als der große Schwindel von unseren Genossen gleich gemerkt wurde, stellten wir die Programmentwürfe zur sofortigen Einsicht zur Verfügung. Gerson war nicht in der Lage, die Stelle zu finden. In der Diskussion sprachen unsere Genossen Rüger und Mühlung. Und Gerson war sichtlich verlegen, als ihm Genosse Mühlung nochmals seine „Anständigkeit“ in seinen Ausführungen unter die Nase hielt.

Mühltroff

In einer gemeinsamen Mitglieder-Versammlung der SAP und KPD wurde nach einer regen Aussprache die rote Einheitsfront geschaffen. Ein Aktionsausschub hat seine Arbeit aufgenommen, so daß am kommenden Mittwoch bereits die erste gemeinsame Veranstaltung im Schützenhaus stattfindet. Weiter werden gemeinsame „Rote Selbstschutzstaffeln“ gegründet. An alle Arbeiter von Mühltroff ergoht der Ruf, dieser Abwehrorganisation beizutreten.

Glauchau

KPD verhindert Einheitsfront! Die KPD hat die Aufforderung der SAP zur Durchführung gemeinsamer Wahlpropaganda abgelehnt. Dafür machte man uns den naiven Vorschlag, als Wahlhelfer tätig zu sein. Genosse Wagner gab in einer öffentlichen Wahlversammlung der KPD die Stellungnahme der SAP zur Reichspräsidentenwahl bekannt. In ziemlich hilfloser Weise suchte der Stadtverordnete Mende die Ausführungen des Genossen Wagner zu entkräften. Dabei verstieg er sich zu der Behauptung, daß die KPD niemals zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert habe. Es sei die Arbeit Brandlers (KPO) gewesen! Die KPD greift zu sonderbaren Mitteln. Trotz alledem, vorwärts im zähen Kampfe für die Einheitsfront des Proletariats!

Organisationsnachrichten

SJV, Wilkau, Reinsdorf, Hohndorf, Haßlau: Mittwoch, 20 Uhr, im Volkshochschulheim, Haarer Straße, in Wilkau, zu gemeinsamer Probe für die Werber.

Planitz

Verleumdung. Das „S. V.“ bringt die Verleumdung, daß der SJV in Planitz immer nur Volkstänze abhielte. Der SJV veranstaltet jeden Dienstag einen Gruppenabend, wo über alle politischen Fragen diskutiert wird. Der Volkstanz-Kursus geht von den „Freien Menschen Zwickau-Planitz“ aus. Wenn sich daran Genossen des SJV beteiligen, so ist das ihre eigene Sache und geht das „S. V.“ nichts an.

Die Sonntags- und Nachtdienstbereitschaft hat bis zum nächsten Freitag die Sonnenapotheke, Außere Zwickauer Straße.

Wilkau

Den ärztlichen Sonntagsdienst für die Orte Bockwa, Halltau, Cainsdorf u. Wilkau versieht Herr Dr. med. Hämpel, Bockwa, Ruf 2730. Landeskongreß der Erwerbslosen

Mvlau

Volkshochschule. Morgen, Montag, 19,30 Uhr, spricht Prof. Dr. Friebe-Plauen über „Goethe und die Gegenwart“. Niemand versäume diesen Abend! Erwerbslose frei!

Plauen

Spielplan des Stadttheaters: Montag, 20 Uhr: „Toska“, Oper. — Dienstag, 20 Uhr: „Das verfl. Geld“, Lustspiel. — Mittwoch, 20 Uhr: „Kabale und Liebe“, Trauerspiel. — Donnerstag, 20 Uhr: „Die Landstroläher“, Operette. — Freitag, 20 Uhr: Gastspiel Konrad Brauer, „Xaver Krenkel“, Lustspiel. — Sonnabend, 20 Uhr: „Die Dubarry“, Operettenrevue. — Sonntag, 15,15 Uhr: „Das verfl. Geld“, Lustspiel. — 19,30 Uhr: „Die Dubarry“, Operettenrevue.

44,2 Prozent weniger Einnahme

TU. Berlin, 3. März 1932.

Die „Reichsbahn“ bringt Angaben über den Verkehr und die Betriebsergebnisse der Deutschen Reichsbahn im Januar 1932. Danach hat sich der Rückgang des Güterverkehrs im Januar trotz aller Bestrebungen, durch Tarifermäßigungen den Verkehr zu beleben, weiter verstärkt. Der Personenverkehr, der bis zum Schluß der Weihnachtsferien lebhaft war, ist später gleichfalls stark zurückgegangen. Insbesondere der Wintersportverkehr fiel so gut wie ganz aus, weil bis in die Alpen hinein kaum nennenswerte Schneefälle zu verzeichnen waren.

Die Betriebseinnahmen betrugen im Januar 1932 insgesamt 216 165 000 M., davon Personen- und Gepäckverkehr 68 892 000 M., Güterverkehr 126 234 000 M., sonstige Einnahmen 21 039 000 M.

Die Ausgaben betrugen insgesamt 295 626 000 M., darunter 50 978 000 M. Beitrag an das Reich für Reparationszwecke. Die Monatsrechnung schließt mit einem durch die Betriebseinnahmen nicht gedeckten Betrage von rund 79 Millionen M. ab.

Der Gesamteinnahmefall betrug im Januar gegenüber dem Vorjahr 28,4 v.H. und gegenüber Januar 1929 44,2 v.H.

Der Personalstand der Reichsbahn betrug im Januar 609 912 Köpfe gegenüber 628 105 im Dezember 1931.

181 oder 182 Tage?

Eine Fehlentscheidung des Spruchsenats bei der Arbeitslosenversicherung

Der § 95 des AVAVG (Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung) enthält die Voraussetzungen über den Erwerb einer Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung. Danach ist bei der erstmaligen Arbeitslosmeldung der Nachweis einer 52 wöchigen, bei einem späteren Unterstützungsfall jedoch der einer 26 wöchigen versicherungspflichtigen Tätigkeit notwendig, um in den Genuß der Unterstützung zu gelangen. Unter Wochen verstand man bisher die sechstägige Arbeitswoche und legte sie auch der Berechnung der Anwartschaft zugrunde. Diese Ansicht ist nun nach der Entscheidung des Spruchsenats — veröffentlicht unter Nr. 4150 im Reichs-

Die Versammlungswelle

Rathenow

Ausgezeichnet besuchte Versammlung. Neben dem Genossen Urbans (Leninbund) sprach Genosse Will Schaber. Beide Referenten erhielten starken Beifall. Die SPD mißte die Versammlung völlig; Kommunisten waren anwesend, machten auch häufig Zwischenrufe, aber zur Debatte meldete sich keiner. Der Gedanke der roten Einheitsfront triumphierte auch in Rathenow über die Parteibürokratie!

Hamborn

Eine besonders durch die KPD stark besuchte Versammlung mit Genossin Balabanoff wurde zu einem großen Erfolge für unsere Partei. Der kommunistische Redner, dem wir eine halbstündige Redezeit zubilligt hatten, konnte es nicht begreifen, wie man sich mit Nachdruck für die Sowjetunion einsetzen kann und trotzdem Kritik übt an der Politik der deutschen KPD. Die Arbeiter verstanden uns so besser.

Seesen

Erste öffentliche Versammlung mit Genossen Günther, Breslau. Die Argumenten-

tation des kommunistischen Genossen Hartung fand keinen Anklang. Die SPD ließ sich durch einen pöbelnden „Volksfreund“ berichterstatte vertreten, der an der Diskussion selbstverständlich nicht teilnahm. Seine eigenen Genossen waren darüber empört. Die SPD hilft uns eifrig bei unserer Agitation.

Erzhausen

Der politische Boden ist für uns nach unserer letzten Versammlung mit Genossin Senenich wiederum mehr gelockert worden. Die noch kleine Ortsgruppe wurde von Versammlung zu Versammlung weiter ausgebaut.

Dahlenwarleben

Ein SPD-Genosse, der sich beim Bezirksbüro seiner Partei genau über die als Referentin vorgesehene Genossin Dr. Käthe Frankenthal informiert hatte, mußte auf die Teilnahme an der Diskussion verzichten, da unerwartet Genosse Reich, Berlin, sprach, denn die SPD vermag nur noch, in Ermangelung politischer Argumente, persönliche Polemiken zu führen. Unsere Versammlung war ein Erfolg für die proletarische Einheitsfront.

Landeskongreß der Erwerbslosen

Am Sonntag fand in Dresden der Landeskongreß der sächsischen Erwerbslosen, einberufen von dem unter kommunistischer Führung stehenden Landesauschuß der Erwerbslosen, statt. Die Konferenz war von 130 Delegierten aus den verschiedensten Orten des Landes besucht. Genosse Hans Schröder (KPD) sprach über die politische Situation und die Aufgaben der Erwerbslosen. Er entwarf ein klares Bild von der kapitalistischen Krise und ihren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. In diesem Zusammenhang zeigte er deutlich die Schwäche der Erwerbslosenbewegung, übte scharfe Kritik an ihrer organisatorischen Unzulänglichkeit, ihren Mängeln und der völlig ungenügenden Durchführung einer breiten Einheitsfrontarbeit.

An das Referat schloß sich eine umfangreiche Diskussion an, in der nicht nur scharfe Kritik an der bisherigen Arbeit der Landesleitung geübt wurde, sondern in der auch der Wille der Delegierten zur Schaffung einer breiten, einheitlichen Erwerbslosenbewegung immer wieder zum Durchbruch kam. Die Parole der Einheitsfront hat trotz Sabotage der KPD-Bürokratie breite Massen auch der KPD-Mitgliedschaft ergriffen. Und es war bezeichnend, daß nur wenige Delegierte die Parole „Einheitsfront, aber nur unter Führung der KPD“ unterstützten. Es waren besonders Genossen der KPD, SAP und ein Syndikalist, die aufzeigten, daß es kein moralisches oder sonstiges traditionelles Recht auf die Führung geben kann, sondern daß die Führung diejenigen innehaben werden, die durch ihre revolutionäre Klarheit, Entschiedenheit und Richtigkeit ihre Taktik sich das Recht auf die

Führung erobern werden. Und ganz besonders betonte der SAP-Genosse, daß Einheitsfront keinen Einheitsbott mit Verwischung aller unterschiedlichen Grundsätze bedeutet, sondern einheitlichen Kampf, anfangs für ganz bestimmte konkrete Forderungen und Teilaktionen, in denen die Gesamtinteressen der Arbeiter auf dem Spiele stehen. Darüber hinaus wird es möglich sein, die Arbeiterschaft als Klasse zusammenzuschließen zum Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus.

In seinem Schlußwort nahm Genosse Schröder sachlich zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung, geißelte nochmals scharf die unzulängliche Arbeit der Erwerbslosenausschüsse, betonte die unbedingte Selbstständigkeit der Erwerbslosenbewegung und ihrer Presse. Die Erwerbslosenzentrale dürfte niemals zu einer Parteizeitung der KPD werden. Der Verlauf des Kongresses zeigte, wie stark der Wille zur Einheitsfront bei den Arbeitern verankert ist und wie richtig gerade in dieser Frage die Taktik der SAP ist. Ohne den Kampf um die notwendige revolutionäre Klarheit einen Augenblick zu vergessen, darf man doch nicht die Notwendigkeit der Zusammenschließung der Klasse um revolutionären Kampf vernachlässigen. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, der Revolution auch in Deutschland zum Siege zu verhelfen. Wir werden scharfe Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Genossen zu führen haben, und das ist notwendig, aber wir werden darüber nicht einen Augenblick die Notwendigkeit des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind vergessen.

arbeitsblatt — falsch. Maßgebend ist nicht mehr die Arbeitswoche, sondern die Kalenderwoche.

Für viele Arbeiter hat diese Entscheidung sichtbare Folgen, z. B.: Ein Arbeitsverhältnis dauert genau 26 Wochen, fängt Montags an und endet mit einem Samstag. Trotzdem die Arbeitstage voll abgeleistet worden sind, genügt diese Zeit nicht zum Erwerb einer neuen Anwartschaft, denn es sind nicht 182, sondern nur 181 Tage. Wir halten die Entscheidung des Spruchsenats für falsch. Da sie aber endgültig ist, muß sie bei den Arbeitern Gegenmaßnahmen auslösen. Diese bestehen darin, daß von dem Arbeitgeber verlangt wird, daß

auch die Sonntage in das Arbeitsverhältnis einbezogen werden, auch wenn er an diesen Tagen nicht gearbeitet hat. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt zu diesem — Betrug. Nur darf man dann nicht die Schuld dem Arbeiter zuschieben, sondern denen, die wieder einmal eine Verordnung vom „grünen Tisch“ aus gemacht haben.

Beschränkte Devisenabgabe. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat März 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen nur bis zur Höhe von 65 v.H. in Anspruch nehmen dürfen.

Liebenwalde

Gegen den ehemaligen Bürgermeister. Im Preußischen Landtag richtete der Abgeordnete Bischoff an die Regierung eine Anfrage, die den ehemaligen Bürgermeister von Liebenwalde, Dr. Albert, betrifft. Gegen Dr. Albert waren schwere Vorwürfe erhoben worden während seiner Dienstzeit. Eine Untersuchung durch den Regierungspräsidenten ergab, daß Dr. Albert sich habe Verfolgungen zuschulden kommen lassen. Die Anfrage bezweckt die Feststellung, ob auch nach der Pensionierung der Bürgermeister schadenersatzpflichtig gemacht werden kann.

Lützenberg a. d. O.

Kindesmord. Im November v. J. wurde der Sohn des Lehrers Ziehm vergiftet. Jetzt wurde die Großmutter des Kindes überführt, daß sie im Einverständnis mit der Stiefmutter das Kind mit chloresaurer Kali vergiftet hat.

Grünberg

Kauft Wunderpillen. Ein Heilgehilfe wurde in Grünberg verhaftet. Mit 6 Reisenden versorgte er die Umgegend mit Wunderpillen, die gegen alle Krankheiten wirksam sein sollten. Der Tagesumsatz wird mit 3000 Mark errechnet. Jeder Reisende verdiente 50 Mark täglich als 10prozentigen Anteil am Umsatz. Der Betrüger hielt Vorträge in den Städten. Der Wert der Pillen betrug für ihn 45 Pfg., Der Verkaufspreis war für die, die nicht alle werden, mit 4,— RM. nicht zu hoch bemessen.

Sport am Sonntag Berliner Handball

In der 1. Klasse der Abteilung A trifft der Kreismeister Volkssport Wedding auf seine dritte Verbandsmannschaft. Der Kreismeister wird das um 10 Uhr beginnende Spiel in schmerzlicher Manier gewinnen. Platz Rehberge. Eiche-Coppenich wird von der FTGB Ostern um 11 Uhr auf dem Vereinsplatz in der Wendenschloßterrasse besucht. Die letzten Spiele haben Ostern die besten Siegesaussichten. — In der Abteilung B muß Volkssport Neukölln auf der Spielwiese in den Rehbergen gegen Volkssport Wedding um 13,45 Uhr antreten. Loer wird sich ein großer Kampf abspielen bei dem die beiden und schlußendlich Neukölln über den Sieg sorgen werden. — Eintracht Mahlsdorf tritt am ASV Schöneberg und tritt dort um 15 Uhr in der Rubensstraße an. Schöneberg hat die besseren Aussichten.

Gäste aus Frankfurt a. Oder

wollen zum Gesellschaftsspiel bei der FTGB-Süd. Die Freie Turnerschaft Frankfurt ist den Berlinern aus vielen Spielen bereits bekannt. Auch diesmal wird ein hochinteressantes Spiel zur Abwicklung kommen. Knapp erwartet die FTGB-Süd. — Bezirksklasse Ostern: FTGB-Ostern II — FTGB-Stralau um 13 Uhr Platz Laskerstraße. Diese Begegnung wird für die weitere Führung entscheidend sein. — Frauen: FTGB-Ostern-Eiche-Coppenich um 14 Uhr Platz Laskerstraße. — Jugend-Eiche-Coppenich — FT-Wedding um 10 Uhr Platz Wendenschloßterrasse. — Die hauptsächlichsten Gesellschaftsspiele sind: VII Osttrag geg. Neptun-Wallensee um 15 Uhr am Lichtenberger Stadion. FTGB-Baumschuldenweg-ASV-Neukölln, Platz 6 um 11,50 Uhr.

Bezirksklasse Norden: ATV-Altramin-TSV-Wedding um 15 Uhr im Altramin. ASV Rot-Weiß-Volkssport-Wedding IV um 11 Uhr Platz an der Schöneburger Allee. Eberswalde — Gruppe — FT-Finow — FT-Schwedt um 15 Uhr, und FT-Finow-Finow — FT-Finow — FT-Schwedt um 14 Uhr in Hennigsdorf. TSV-Reinickendorf-West-FTGB-Nordring um 14 Uhr Platz Schwanenwerderstraße. Gesellschaftsspiele: FTGB-Rosenfeld-FTGB-Reinickendorf-Ost um 12 Uhr Platz Hauptstraße. FS-Pankow-Freiheit-Schwandorf um 10,15 Uhr Platz Kissenstraße.

Bezirksklasse Westen: Freiheit-Rathenow-Turnerschaft Brandenburg um 11,30 Uhr im Lichtenberger Stadion. Volkssport Neukölln II-MTV-Spärenberg um 16 Uhr im Volkspark Neukölln. FS-Fichte-TSV-Teltow um 14,20 Uhr Platz Katzbachstraße. FTGB-S den III-ATV-Schenefeld um 14,50 Uhr Platz Katzbachstraße. Frauen: Volkssport Neukölln III-ASV-Schöneberg um 15,10 Uhr Volkspark Neukölln, Pl. 6. Gesellschaftsspiele: FTGB-Friedenau-FTSV-Nowawes II um 10 Uhr Cirocolat. Frauen: FTGB-Wedding-Berlin XII um 10 Uhr Platz Offenbachstraße. FS-Fichte-FTGB-Stralau um 11 Uhr Platz Katzbachstr. FS-Fichte II-FTGB-Süd II um 11 Uhr Platz Katzbachstraße.

Folgende Bürosenpiele werden im Neuköllner Stadion, Platz 1, noch ausgetragen: 1. Schüler—Jugend I (9.50); 2. Frauen—Lichtenberg I (9.00); 4. Männer—Lankwitz II (10.40); 2. Schüler—Teltow I (11.50); 1. Jugend—Süd II (12.40); 3. Männer—Lankwitz I (13.50).

Platzierungskämpfe bei der Hockey-Serie

Bei den am Sonntag stattfindenden Serien spielen im Hockey sind über den Mannschaften angeordnet. Es finden im allgemeinen nur Platzierungskämpfe statt, wobei einzelne allerdings von großem Interesse sind.

In Lichtenberger Stadion erwartet Osting II den Spandauer Fischen Hockeyclub. Man darf auf den Ausgang dieses Tieffens gespannt sein. Beginn 10 Uhr. Der Verein für Leibesübungen Osting II empfängt auf gleichem Platz den Verein Rot-Weiß II und wird sich trotz Ersatz voll behaupten. Beginn 15 Uhr.

Bei den Frauen treffen sich Osting und Volkssport Neukölln um 11,30 im Lichtenberger Stadion, und Rot-Weiß und Tennis-Rot II um 14 Uhr in der Schöneburger Allee.

Ferner kommen noch folgende Pflichtspiele zum Austragen: Arbeiter-Sportverein Rot-Weiß erwartet auf dem Platz in der Schöneburger Allee den Ersten der Gruppe B, Volkssport Neukölln. Dem Ausgang des Spieles darf man gespannt entgegensehen. Beginn 15,30 Uhr. Der Athletik-Sport-Klub wird im Neuköllner Stadion gegen den FSV Pankow antreten. Beginn 16 Uhr. Tennis-Rot I wird gegen den ASV. Wedding um 13 Uhr in der Laskerstraße antreten. Weiter werden Tennis-Rot Frauen gegen Pankow, Neukölln II 13 Uhr in der Laskerstraße spielen.

Weitere Spiele: Osting III gegen Tennis-Rot IV 13 Uhr, Lichtenberger Stadion; ASV Schöneberg 07 geg. VSP Neukölln II 13 Uhr in der Rubensstraße; Rot-Weiß Jüd. geg. ASV-Wedding II 12,30 Uhr in der Schöneburger Allee; Athletik-Sport-Klub II gegen Tennis-Rot II um 14,30 Uhr. Neuköllner Stadion, Tennis-Rot geg. Rot-Weiß III um 16 Uhr, Laskerstraße.

Vogtländische Vorschau

Fußballspiele am Sonntag

Spielv. 23 (Bezirksstr.)—Greiz—Aubachthal (15.00). Greiz stößt auf einen starken Gegner, aber man muß diesmal mit allen Eventualitäten rechnen, denn der Bezirksmeister muß mit mehreren Ersatz an treten. (5) — Eintracht-Korbitz (15.00). Bisher hat fast immer Eintracht den Sieg errungen. (2) — Lauterbach—Kleinfranken (16.00) (3). — Lauterbach—Hirschberg (5. Kreis Thüringen, 15.00). Der Platzbesitzer hat im vergangenen Sonntag unangenehm enttäuscht. (67) — Auerbach—Dorfstadt (14.30). Dorfstadt hat in letzter Zeit an Spielstärke zugenommen. (42) — Treuen-Wacker (15.00). Wie wird das Endresultat hier lauten, nachdem beim letzten Spiel ein Remis von 2:2 zustandekam. (2) —

2. Klasse

Rebesgrün—Hirschberg (13.30) (51). — Treuen—Wacker (13.30) (2). — Auerbach—Dorfstadt (13.00) (49). — Snelv. 23—Greiz Aubachthal (13.30) (35). — Eintracht—Korbitz (13.30) (7). — Lauterbach—Eiche 5. Abtl. (14.30) (3).

3. Klasse

Spielv. 23—Greiz-Aubachthal (12.00) (63). — Treuen—Reichenbach (10.30) (62). — Eiche 5. Abtl.—Ruppertsgrün (9.30) (23). — Lauterbach Jugend—Eichen 5. Abtl. Jugend (13.30) (50).

Vorschau für Handball

Ein spielerisches Ereignis steht uns am Sonntag bevor, messen doch die besten Spieler des 8. und 6. Bezirks im Spiele ihre Kräfte. Die Plauerer Arbeiterschaft wird eine Unterstützung geben. Die Eintrittspreise sind ganz niedrig.

8. Bezirk—6. Bezirk (14.30). Hatzelbrunner Platz. Für den 6. Bezirk ist dieses Treffen entscheidend. Ob es ihm gelingt, den Sieger zu stellen? Im letzten Spiel trennte man sich mit einem Remis. Beide Mannschaften spielen in derselben Aufstellung wie beim Remis. Schiri Gen. Mücke.

4. Abt. I—2. Abt. II (10.00 Uhr). Schiri: Gen. Oelner. — Hatzelbrunner Jüd.—1. Abt. III (10.00 Uhr). Schiri: Gen. Panneberger. — 2. Abt. III—Hatzelbrunn III (10.00 Uhr). Schiri: Gen. Blechschmidt.

Arbeiter-Schach

Am Sonntag um 9 Uhr treffen sich die beiden Vereine Zwickau—Oberhöndorf zu einem Gesellschaftsspiel in Oberhöndorf, Schreberheim. Die beiden Partner Schneeburg und Wilkau stehen sich am Sonntag vormittags 9 Uhr in Schneeburg, Grüne Laube, gegenüber. Die Mannschaften wollen im Gesellschaftsspiel ihre Kräfte nochmals messen, bevor es zu den Bezirksspielen geht. Interessante Kämpfe dürften an beiden Orten zu erwarten sein. Die Resultate der Wettkämpfe müssen die Spielleiter am Sonntag von 18.30 bis 19.30 Uhr unter Telephon Nr. 12 30 Aue/Sa. melden.

Aus der Mark

Brandenburgischer Provinziallandtag

Zu Beginn der sechsten Vollsitzung des Brandenburgischen Provinziallandtages am Freitag erklärten sich zunächst die Nationalsozialisten mit ihrem ausgedehnten Fraktionsführer Jacobsen solidarisch, kündigten schärfste Obstruktion an und verließen dann die Sitzung.

Anschließend wurden bei spärlich besetztem Hause kommunistische Anträge behandelt.

Es herrschte offensichtlich nach dem aufregenden Donnerstag allgemeine Müdigkeit. Man erledigte noch schnell ein Etatkapitel und einige kleine Vorlagen und vertagte sich dann auf Sonnabend.

Noch ehe der Etat verabschiedet ist, ist nun bereits die erste Etatüberschreitung festzustellen: In dem Etat sind nur Mittel für fünf Sitzungstage eingestellt, die Sitzung wird aber neun bis zehn Tage dauern.

Eberswalde

Zwangsetat in Sicht. In der Stadtverordnetenversammlung kam es zu einigen Ueber-raschungen. Ein Ermächtigungsantrag des Magistrats auf Gewährung finanzieller Handlungsfreiheit bis zur Neufestsetzung des Etats wurde von Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Wahr-

scheinlich wird auch der Etatentwurf mit der gleichen Mehrheit abgelehnt werden. Dann droht Zwangsetat. Die Sitzung flog auf, als ein Antrag der Kommunisten auf Uebernahme eines Punktes aus der geheimen in die öffentliche Sitzung abgelehnt wurde.

Kleinbahn-Idylle. Die Kleinbahn Eberswalde-Schöpfung hat nun auch ihren Skandal. Der Bahnvorsteher Riese hat lange Zeit hindurch Benzin aus den Tankwagen entwendet und verkauft. Einer der Abnehmer wurde in Wittstock a. D. ermittelte. Riese selbst fuhr ein Auto und ein Motorrad mit dem „billig“ erworbenen Treibstoff. Auch andere Bahnbeamte sind in der Angelegenheit verwickelt. Auch sie haben für ihre Fahrzeuge in gleicher Weise für Betriebsstoff gesorgt. Wenn Riese ins Ausland reiste, schickte er Benzin zum Tanken voraus. Das sparte natürlich. Sein Auto meldete er ab und fuhr den Wagen trotzdem weiter mit der Motorradnummer. Ausgerechnet war diese Nummer die des Polizeikraftwagens in Eberswalde. Das Schlimmste ist aber, daß er große Mengen des feuergefährlichen Benzins im offenen Keller bei offenem Fenster in einem öffentlichen Gebäude aufbewahrt. Es werden Riese noch andere Unterschlagungen zur Last gelegt. 21 000 Kilo Brennstoff werden von den Firmen als verloren gemeldet.

Photographie und Klassenkampf

Aufgaben der Naturfreunde-Photographen

Es ruht nun wieder die Zeit, wo mancher Genosse seine Strahlenfalle aus dem Winterquartier hervorholte und sich an die Arbeit macht. Aber nicht wahllos knipsen, sondern auch die Liebhaberei in den Dienst der arbeitenden Klasse zu stellen, ist die Aufgabe, die sich die Photogenossenschaft des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ gestellt hat.

Wie oft sieht man bei Genossen mit gutem technischen Können Personenaufnahmen und immer wieder solche, wie oft andererseits gehen die Genossen mit ihrer Sonntagsausrüstung zum Fotografieren und lassen Film oder Platte und Kopien an Bequemlichkeit entwickeln, was das Fotografieren teuer macht. In beiden Fällen wollen die Naturfreunde-Photographen ihren Klassengenossen helfen. Alle unsere Freunde erhalten erstens durch Kurse die Möglichkeit, sich eine gute Negative- und Positivtechnik anzueignen. Daß sie zuvor mit der Handhabung ihres Apparates vollkommen vertraut gemacht werden, versteht sich von selbst. Es stehen drei Dunkelkammern in verschiedenen Stadtteilen zur Verfügung, so vollkommen ausgerüstet, daß man jede Arbeit vom Entwickeln der Platte bis zum Bedruckverfahren dort ausführen kann. Die Benutzung der Räume ist kostenlos und das Material wird durch gemeinsamen Einkauf äußerst billig.

Der Arbeiterphotograph hat außer der Pflichtfamilienaufnahme noch andere Aufgaben. Da läßt sich z. B. schon auf einer Wanderung im Rahmen der Vorortzone eine Bildserie herstellen. Die Landschaftsformation läßt sich typisch im Bild aufzeigen, dann die Art der Siedlungen, vorherrschende Erwerbszweige, Bewohner bei der Ausübung ihrer Arbeit und ihre Wohnstätten. Es kann aber auch gezeigt werden, wie die Bodenspekulation dem Licht- und luftungrigen Proletariat die letzten landschaftlich schönen Punkte entreißt, indem prächtige Landhäuser an die Seeufer gesetzt werden. So lassen sich die Thematiken über soziale Bilder variieren, ohne daß man damit die ausgesprochene Elendsschilderung betreibt,

wozu besonderer Takt und Fingerspitzengefühl gehört. Aufnahmen aus der sozialistischen Bewegung können zu Werbe- und Tendenzaufnahmen ausgewertet werden. So haben z. B. die Naturfreunde-Photographen mit einer Bildserie aus der Freikörperkulturbewegung diese im besten Sinne werbend unterstützt.

Aber all diese Arbeit kann von dem einzelnen nicht geleistet werden. Die gegenständige Anregung und Schulung wirkt befruchtend, ganz abgesehen davon, daß ein Kollektiv besser an die Öffentlichkeit heran kann.

Aus all diesen Gründen ist jedem fotografierenden Genossen der Anschluß an die bei den Naturfreunden organisierten Arbeiterphotographen anzuraten. An den Gemeinschaftsabend, die jeden Montag um 8 Uhr im eigenen Heim der Berliner Naturfreunde-Photographen in der Johannistr. 15 stattfinden, ist alles weitere über Arbeitsgemeinschaften, Motivfahrten usw. zu erfahren.

Programm für die nächsten Gemeinschaftsabende:
7. 3. Vortrag: „Das werbende Foto“ 14. 3. „Der Braunschweiger“ Ref. Peters. Fr. Endak 21. 3. „Der Frühling im Bild“ (Lichtbilder) 4. 4. „Architektur-Aufnahmen aus der Mark“ (Lichtbilder) 11. 4. „Wandbilder“ Wettbewerb. 25. 4. „Neues aus dem Photomarkt“ (Agat)

Heute Sport-Matinee

10 Jahre Sport-Verein Moabit

Der SV Moabit bringt im Rahmen seiner Werbeveranstaltungen aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens heute um 10.30 Uhr eine Bühnenschauspiel- und Film-Parade in der Halle des Invalidenplatzes 127 zur Durchführung. Die Mitglieder des in letzter Zeit stark nach vorn gerückt worden und einem ausgezeichneten Programm aufwarten. Neben modernen Gymnastik- und Tanzvorführungen aller Art werden die durch die Kreisliga verstärkte Obersturmtruppe Kunstturnen an verschiedenen Geräten zeigen. Der in der Berliner Arbeiterschaft bestens bekannte „Junge Chor“ wird mit seinen Gesängen die Veranstaltungen würdevoll umrahmen. Eintrittspreise betragen 0,75 Mark und für Jugend und Erwerbslose 0,40 Mark.

Am Nachmittag findet ebenfalls in Moabit, das Gelände-Wettrennen des 1. Kreises in den Hallen des Kleistzentrums (Levetzowstraße) statt. Ab 7 Uhr Ball in den Arminius-Sälen, Bremer Straße.

Ein Film der Arbeiter-Kanufahrer

geschaffen von Arbeiter-Sportlern für Arbeitersportler, wird am Dienstag, dem 8. März, und am Donnerstag, dem 17. März, um 10 Uhr am Städtischen Lichtspielhaus Neukölln, Bergstr. 147, aufgeführt werden. „Pitt und Palt lernen paddeln“ ist der Titel des Films. Der uns als recht originell und ansehnenswert geschildert wurde. Die Arbeiter-Wintersport-Olympiade 1921 in Johannebergstadt wird man ebenfalls an der weißen Wand verfolgen können.

In Besonderen dürfte auch die Mühe sich die SPD-Organisation und ihre Statistiken in den Vorstand der Sportvereine geben um die eigene Front zu schmalern. Nicht auf den Ankündigungspunkten zwar, wohl aber in den Eintrittskarten steht verzeichnet, daß Paul Lobe, der „aktive Arbeiterportier“, in der Veranstaltung reden wird. Zwar wird er sich wohl traditionell betreten lassen von einem etwas weniger prominenten Genossen, oder nach dieser Ankündigung vielleicht auch nicht, das Ziel ist doch erreicht ein Schmeißer der eigenen Front wird seine Leihen los.

Aber diese u. a. wenig faire Maßnahme eines SPD-treuen Vorstandes eines Arbeitersportvereins soll unsere Genossen nicht abhalten diese Veranstaltung zu besuchen. Im Gegenteil, unsere Genossen werden immer und immer wieder beweisen, daß es ihnen ernst ist um die Arbeit in ihren Vereinen, um die Erhaltung und Stärkung der Arbeiterorganisationen, und das beweisen durch die Teilnahme an den Veranstaltungen der Arbeitersportvereine und auch diesen Filmabend besuchen. Es wird sich auch die Zeit nicht regen, denn die Filme sind gut.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Bezirkswahlausschuß Sonntag, 6. 3. 14.30 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Die Ortsgruppen haben unverzüglich nach Beendigung der Wahlzeit die Resultate an das Sekretariat zu senden, damit der Bezirkswahlausschuß das Gesamtergebnis bis Sonntag abend feststellen kann. Bei der Wahl ist darauf zu achten, daß bei der Abgabe der Stimmen auf jede Mitgliedskarte ein Wahlermerk gesetzt wird. Die Wahlergebnisse müssen von je drei Mitgliedern des Wahlschusses unterschrieben werden und sind mit den abgegebenen Stimmzetteln unverzüglich nach Abschluß der Wahl an das Sekretariat zu senden.

Ortsgruppe Mitte: Sonntag, 6. März, Lokal Lehmann, Buchelstraße 7, ab 9.30 Uhr zur Zeitungsagitation. Erscheinungspflicht. — Mittwoch, 9. März, 20 Uhr, im Lokal Regal, Ackerstraße 1 Mitgliederversammlung (Nord- und Süd gemeinsam). Thema: Präsidentenwahl. Referat und Korreferat.

Ortsgruppe Wedding: Montag, 7. März, 20 Uhr. Funktionärsitzung bei Dietrich, Buttmanstraße 5.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Zur Zeitungsagitation Sonntag, 10. Uhr, bei Richter, Schleiermannstraße 39. Erscheinungspflicht. — Montag, 7. März, 19.30 Uhr, bei Gühl, Stahlheimer Straße 2, Funktionärsversammlung.

Ortsgruppe Kreuzberg: Montag, 7. März, 20 Uhr, bei Sievert, Brödelstraße 8, Funktionärsitzung.

Ortsgruppe Charlottenberg: Montag, 7. März, 11 Uhr. Erwerbslosenzusammenkunft bei Zippel, Kirchstraße, Ecke Gertrudenstraße. — Alle erwerbslosen Genossen treffen sich zur Agitation am Dienstag, 8. März, 12 Uhr, im Lokal Grüning, Pestalozzistr., Ecke Fritschestraße. — Alle Genossen und Genossinnen, die sich am Sprechertag für die Märzfeier beteiligen, Montag im Heim, an bekannter Stelle.

Bezirksverband Berlin: Alle Genossen haben sich Dienstag an der öffentlichen Versammlung bei Klemm zu beteiligen. Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Ortsgruppe Spandau: Mittwoch, 9. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Nordpol“, Lutherstr. 3.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau: Funktionärsitzung 9 bis 10 Uhr bei Geil.

Ortsgruppe Steglitz: 9. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wernicke, Berlinickestraße 1.

Ortsgruppe Köpenick: Mittwoch, 9. März, 20 Uhr, bei Augustin, Rosenstraße 10.

Ortsgruppe Lichtenberg: Montag, 7. März, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Morr, Neue Bahnhofstraße. — Mittwoch, 9. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Günther, Gürtelstraße, Ecke Dostestraße.

Freie Spielleute Neukölln: Übungsstunde jeden Dienstag, 20–22 Uhr, bei W. Schenk, Rosenstraße 21. Interessenten für Trommeln, Flöten und Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vorsitzender: Karl Schenk, Neukölln, Karlsgrabenstraße 18. Technische Leitung: Richard W. Schultz, Mantusstraße 16.

SJV Mitteilungen der BL:

Referentenschule: Alle bisherigen Teilnehmer müssen erscheinen. Wichtige organisatorische Besprechung. Thema: 10-Minuten-Referate. Die Referenten treffen sich schon um 19.30 Uhr im Jugendheim.

Achtung! Für alle Gruppen! Am Dienstag, 8. März, alles bei Klemm, Max Seydewitz spricht.

Erwerbslosenrat: Mittwoch im Jugendheim.

Falkenberg-Grünau: 18 Uhr, Gruppenabend.

Balkan „Hugo Haase“ und Helmholtzplatz „August Bebel“: 10. beim Gen. W. Seifert, Nauvarder Straße 37.

Unterbezirk Neukölln: Fahrt nach Bernau. Treffpunkt 7 Uhr, Bahnhof Neukölln.

Morgen, Montag, 7. März, 19.30 Uhr:

Balkan „Hugo Haase“: Mitgliederversammlung.

Charlottenberg-Mitte: Arbeitsgemeinschaft.

Falkenberg-Grünau: Sportabend.

Hansa: Arbeitsgemeinschaft.

Köpenick, August Bebel, „Roter Aufbau“: Die Frau und der Sozialismus (Edith Baumann).

Mitte Nord: Faschismus II.

Mitte Süd: Tagespolitik.

Moabit: Ausspracheabend.

Reinickendorf: Arbeitsgemeinschaft.

Südwest: Tagespolitik.

Unterbezirk Neukölln: Funktionärsitzung am Montag, 7. 3., um 19.30 Uhr, in der Schule Herzbergplatz. Alle Funktionäre, hauptsächlich alle Gruppenleiter und Aktivistengruppenleiter müssen erscheinen.

Pankow „Erste Reihe“: Sonntag Politisch-satirischer Abend und Tanz. 18–21 Uhr, Mühlenstraße 77. Eintritt 10 Pfg. — Montag, 19.30 Uhr, Turnhalle Schulstraße: Jiu-Jitsu-Kursus.

Deutsche Ferienlagersellschaft, Bezirksgruppe Berlin-Nord: Dienstag, 8. März, 20 Uhr, Restaurant „Atlantik“, Berlin N, Behmstraße 5–7 (neben der „Lichtburg“). Herbert Frank spricht über das Thema: „Zweierlei Abrüstungspolitik — in Genf und in Deutschland“. — Gäste willkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. mbH Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 6. März
19 Uhr — gegen 21½ Uhr

Aida
Montag, 7. März
20 — gegen 23 Uhr

Ein Maskenball

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonntag, 6. März
Montag, 7. März
20 — 20.00 Uhr

Cyrano v. Bergerac

Schillertheater
Lützowplatz, Bismarckstr.
Sonntag, 6. März
Montag, 7. März
20 — 22.30 Uhr

Die englose Straße

CIRCUS BUSCH
Tel.: Weidenbaum 2840
Capit.: 4 2/3 u. 8 1/2 Uhr
Eintritt: 2 1/2, 5 u. 8 1/2 Uhr

Ausschnitten!
Theater am Kohtluser Tor
Bilder-sänger, Berlin, Kohtluser Straße 6.
Tel.: 18 über 6070 (Hörverhörs-Büro)

Der Hauptmann von Köpenick
Der Riesenschlager mit
Georg Erich Schmidt
als Hauptdarsteller

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am
Potsdamer Platz 81 Kurf. 2354.
Ab Freitag, den 4. März 1932

„Bobby geht los“
Kriminal-Tonfilm mit
Harry Piel, Anny Märkert, Kurt
Lillen, Ferd. Harf, Fritz Odemar,
Alfr. Beierle
und das ausgezeichnete tönende Be-
programm
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 Uhr nachm. bis 11 Uhr nachts.
Einzlg. Tag- u. Nacht kino Berlin

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 große Bühnen.

„Das Ende v. Maradu“
und
Ein Auto und kein Geld

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino

Trader Horn
der große Afrika-Film
dazu
Wer ist Bullys Mörder?
Fox tönende Wochenschau

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino

Stürme
der Leidenschaft
mit Emil Jannings, Anna Sten
und das reichhaltige Beiprogramm

M * I * L * A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130

Wieder 2 Tonfilme — also 2 Schlager
Helmut Rühmann in dem komischsten aller
Militärfilme

Der Stolz der 3. Kompanie
m. Fritz Kampers und Trude Berliner
dazu:
Wilhelm Dieterle
in seinem neuesten Tonfilmserfolg

Eine Stunde Glück
mit Evelyn Holt und Harald Paulsen
Wochentags 5.15 Sonntags 3.10
Kasseneröffnung 1 1/2 Stunde vor Beginn

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENSTR. 140
DOPPEL-PROGRAMM

Perlmutter-Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Zum Parteitag
bringt wertvolle Material das soeben herausgekommene neue

Märzheft des „Klassenkampf“
die theoretische Zeitschrift der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“. Die vor-
liegende Nummer enthält einen Beitrag von Max Seydewitz, über „Programm
und Aktion“, wertvolles Material zur Begriffsklärung der „Demokratie und
Diktatur“ und Material von Lenin über Taktik. Außerdem einen Aufsatz von
Paul Frölich über proletarische Außenpolitik und noch eine Reihe anderer
wichtiger Beiträge.

Wer den „Klassenkampf“ noch nicht liest, muß ihn sofort bestellen bei dem örtlichen
Literaturmann, bei der örtlichen Parteileitung der SAP, oder direkt bei der
Freien Verlagsgesellschaft, m. B. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndamm 87
(Monatabonnement 45 Pfg.)

PRATER

Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9

Lachen ohne Ende über:
Die spanische Fliege
m. Fritz Schütz, Oskar Warburg usw
Dazu die
Doppelbühnenschauspiel:
1. Zaba u. de Vogt
von der Staatsoper Madrid, unüber-
troffene Gesangs- und Instrumental-
Duelle

2. Fritz Jürgens
in seinem Tanz- u. Ver-
wandlungssketch
Bei Frau Muschke
wohnt die Kunst
Einlaß 1.5 Uhr, Eintrittspr. ab 0.50 RM.

Filmopalast Puhmann
Schönhauser Allee 148

Chauffeur Antoinette
und
Der brave Sünder
mit
Max Pallenberg
Fox tönende Wochenschau

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142

2 Groß-Tonfilme:
Maria Paudier, Fritz Schütz
in
Einer Frau muß man
alles verzeih'n
dazu:
Heinz Rühmann in der Posse:
Man braucht kein Geld
mit
Ida Wüst, Hans Junkermann

Theater des Weddings
Müller-Ecke Seilerstraße
Felix Bressart
„Der Herr Bürovorsteher“
Das lustige Beiprogramm
Jugendliche haben Zutritt.

Bücher, die jeder Sozialist besitzen muß

Marx, Das Kapital, 2 Bände, Leinen zus. M. 5,70
Trotski, Die wirkliche Lage in Rußland, Leinen, 2,85
Lichtknecht, Reden und Aufsätze gebd., 2,—
Das kommunistische Manifest „ 0,80
Landauer, Aufruf zum Sozialismus kart., 3,—
Wendel, Die Kirche in der Karikatur Leinen „ 3,00
Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und
Handwerk, kart., 0,50
Nietzsche, Also sprach Zarathustra Leinen „ 2,50

Billige Gelegenheiten
Kautsk, Hofgeschichten von Wilhelm II.
statt 3,— nur M. 0,95
Graßhoff, Wahre Gesicht der Hohenzollern
statt 2,— nur „ 0,60

Beckers, Wie ich zum Tode verurteilt wurde
(der Bericht des Matrosenaufst. 1918)
statt 1,50 nur „ 0,80
Gorki, Die Mutter Leinen nur „ 2,85
Frank, Der Bürger „ nur „ 2,85
Sinclair, Wallstreet „ nur „ 2,85

Die Fackelstuben, Berlin C 2
Klosterstr. 62 Ecke Stralauer Str.

Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des
Betrages auf Postcheckkonto Berlin 6632 des Bundes zur
Förderung sozialistischer Volksgenossen E. V., Berlin C 2

Genossen

Beachtet
unsere
Inserate!

Werbt
für die
„SAZ“

Hamburg

Volkshelm-Lichtspiele
Sachsenstraße 21
Das Kino des Arbeiters

PROGRAMM
für Sonnabend, den 5. und
Sonntag, den 6. März 1932

1. Kalfertfilm, der Spree-
wald
2. Russenfilm, das Dorf
der Sünde
3. Russenfilm, Zuchthaus
Aus dem Leben der poli-
tischen Märtyrer

Die Vorstellungen beginnen Sonn-
abends 20 Uhr, Sonntags 19 u. 21 Uhr.
Erwerbslose und Jugendliche zahlen
nur den ermäßigten Eintrittspreis von
0,30.

Die tadellose Musikkapelle Krömer
spielt wieder!
Arbeiter! Besucht Euer Kino und
macht uns Filme namhaft, die Ihr
sehen wollt, wir warten auf Eure
Vorschläge!

Sachsen

Die allerfeinste Butter, den
Besten Käse, Speisequark
kauft man direkt oder in den
Verkaufsstellen der Molkerei
Herrnhut i. Sa.

Arbeiter-Turnverein
Klingera
Sonntag, den 6. März 1932

Bockbier-Ausschank
Von 8 Uhr abends an: Familien-
abend der SAP-Ortsgruppe

**Werbt
Abonnenten!**

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

Bezugsquellen
Friedrich Ebert-Siedlung und Umg.

Eisenwaren
haus- u. Küchengeräte
aller Art, Umzugsartikel preis-
wert und gut bei
Kurt u. Max Franchon
Berlin N 65, Müllerstr. 81
Straßenbahnhof

Qualitäts-Zigarren
erster Häuser
Große Auswahl in Zigaretten, Tabak
und Pfeifen
Gustaf Müller
Berlin N 65, Müllerstr. 98
Fernsprecher: D 6 Wedding 8776

Plätterei, Gardinenspannerei
Wäscherei
Waschtag Montag u. Dienstag
Außerst billige Preise
Ida Stöbe, N 65 Müllerstraße 95

Buchdruckerei u. Schreibwaren
Leihbücherei, Zeitungen,
Zeitschriften und Mode-
zeitschriften empfiehlt
Robert Krüger, Müllerstr. 96

Kaufhaus zum Bären
Berlin N 65, Müllerstr. 79b (Straßenbfh.). Tel. D 6 Wedding 8376

RESERVIERT

Krise der Köpfe

Wie die Sozialdemokratie ankurbeln will

Berlin, den 5. März 1932.

Die wachsende Arbeitslosigkeit hat bei Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine wachsende Beunruhigung hervorgerufen. Man erkennt Allgemein und endlich, daß etwas getan werden müsse, wenn die Fluten der Krise nicht diese Organisationen selber hinwegschwemmen sollen. Mit den Trompeten der Eisernen Front ist es gelungen, viele Schlafende zu wecken. Schlafende? Sie waren zumeist nur, weil sie niemand rief und ihre Aktivität begehrte. Nun marschieren sie. Aber der Sieg Hindenburgs ist ihnen denn doch ein allzu dürftiges Marschziel. Auch der Hinweis, daß Hindenburg die Verfassung in den sieben Jahren seiner Amtszeit nicht verletzt habe, vermag ihnen nicht viel zu sagen. Sie erinnern sich, daß von dem ganzen Weimarer Werk kaum noch mehr als der Artikel 48 in Kraft steht, jener Artikel, mit dessen Hilfe alle andern Artikel erschlagen wurden. Sie erinnern sich weiter, daß Hindenburg der oberste Verantwortliche ist für all die tiefen und einschneidenden Eingriffe in ihr Leben, für den Lohnraub, für die Zertrümmerung der sozialen Einrichtungen, für die Massensteuern und Massenzölle, wie auch für die unerhörten und herausfordernden Liebesgaben an Agrar-, Finanz- und Industriekapital. Hitler ante portam? Aber fällt nicht in diese sieben Jahre der Hindenburgschen Präsidentschaft die aufsteigende Bahn des Hakenkreuzes und wäre dies anders möglich gewesen, wenn die Hitlerischen Heerscharen nicht immer und immer wieder von den höchsten Stellen begünstigt worden wären, sich in den Gerichtssälen nicht immer schützende Hände für sie erhoben hätten? Und kann auch nur einem Augenblick angenommen werden, daß dem in Zukunft anders würde, daß Hindenburg sich als sicherer Schutzwall gegen den offenen Faschismus erweise, nachdem unter ihm der nichtoffene inauguriert worden ist? Weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften vermögen ihre Anhänger über diese quälenden Fragen des Zweifels zu beruhigen. Sie wissen, daß sie ihre Gefolgschaft nur zusammenzuhalten vermögen, wenn sie ihr zugleich andere, eigene Ziele weisen und dem Hunger und Elend steuern, in das diese mit jedem Tage mehr versinkt.

Auf falschen Wegen

Hier aber zeigt sich auch sofort die ganze Schwäche der Eisernen Front-Führung. Sie spürt wohl den Zwang zur Tat, aber bisher herrscht in ihr nicht einmal Einmütigkeit über die Richtung, in der diese liegen soll, geschweige denn über die konkret zu stellenden Ziele. Die jüngste Bundesausschuß-Sitzung ist ausgelaufen wie das Hornberger Schießen und gearbeitet lediglich den Beschluß zur Abhaltung eines außerordentlichen Krisenkongresses, der nunmehr am 23. März in Berlin steigen soll. Im Schoße der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über das Für und Wider des sogenannten WTB-Planes (so benannt nach dessen vornehmlichen Vertretern Woiwinsky-Tarnow-Baade) sowie des wagehalsigen weimannschen Währungsprojektes, während seinerseits wieder der Afa-Bund eigene Wege beschreitet. Nie trat das völlige Versagen der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führung sichtbarer und erregender zutage wie in diesen Wochen. Die Krise trifft sie ebenso fassungslos wie unvorbereitet. Ihr ganzes Sinnen und Denken war aufgebaut auf der Theorie eines Kapitalismus, dem es gelungen war, den Stein der Weisen, das permanente Prosperität sichernde perpetuum mobile der Wirtschaft zu entdecken. Nun, da sich dieses Wunder nur als ein wunderliches Hirngespinnst erwies und die kapitalistische Wirtschaft an allen Ecken stockt und streikt, stocken und streiken auch die Gehirne der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer. Jeder sucht in seiner Verzweiflung nach einem Rezept, und das Ergebnis ist ein grenzenloser Wirrwarr. Vorschläge tauchen auf, die einander diametral gegenüberstehen. Die einen flüchten zu den Geldmachern vom Schlage Wagemanns und Feder, die andern suchen das Heil in einer Krediterweiterung nach dem Plane Weitskys, Löbe sieht die Rettung in der Preisgabe des Goldstandards und wieder andere plädieren für eine sogenannte Volksanleihe, um auf diese Weise die gehämtesten Geäder möglichst ohne Störung wieder in den Verkehr zurückzuführen. Fürchterlich nimmt die Ahnungslosigkeit, mit der sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften bisher in der Weltgeschichte bewegt haben, Rache.

Die SPD als Retter

Inzwischen hat sich auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu Schritten aufgerafft. Während der kürzlichen Reichstagsitzung hat sie einige Gesetzentwürfe eingebracht, von denen der eine die Verstaatlichung der Montanindustrie, ein anderer die

der Erschließung rentabler Anlagemöglichkeiten einer Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung nach den Plänen des Afa-Bundes bezweckt. Dieser letztere Antrag steht in engem Zusammenhang mit einem Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus, in dem auch wieder ein anderer Gesetzentwurf, der die Umwandlung der Hauszinssteuer in eine Rentenschuld vorsieht, mit deren Erträgen zum Teil die öffentlichen Finanzen gestärkt, zum Teil der Kleinwohnungsbau gefördert werden soll.

Am Problem vorbei

Schon die Aufzählung dieser Anträge zeigt, daß sie an dem entscheidenden Problem vorbeigehen. Wenn wir von dem Verstaatlichungsantrag absehen, so münden alle in dem Ziele der Arbeitsbeschaffung, ohne zugleich hierdurch die Gefahr einer Geld- und Kreditinflation heraufzubeschwören, wie dies mit dem WTB-Plan verbunden wäre. Von allem ist nun Arbeitsbeschaffung in diesem Augenblick das Dringendste und Brennendste,

Verschlechterung der Volksgesundheit

Aufsehenerregende Mitteilung im preußischen Staatsrat

Berlin, 5. März 1932.

In der letzten Hauptausschußsitzung des preußischen Staatsrats wurde u. a. über die rücksichtslosen Sparmaßnahmen im Haushalt des Wohlfahrtsministeriums gesprochen. Besonders katastrophal ist der Rückgang der Ausgaben für das preußische Gesundheitswesen von 165 Millionen im Jahre 1931 auf 44 Millionen für das laufende Haushaltsjahr.

Ministerialdirektor Scholtz gab die aufsehenerregende Erklärung ab, daß die Berichte über die Volksgesundheit

im letzten halben Jahr eine bedenkliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes in Preußen erkennen ließen.

Trotz dieser allmählich sogar bis an die verantwortlichen Stellen gedungenen Tatsachen — Kürzung der Mittel auf ein Viertel. Für die Volksgesundheit kann nichts übrig bleiben, wenn mit öffentlichen Mitteln verkraachte Großkapitalisten saniert werden müssen!

Landgemeinden vor der Katastrophe

Wie der Pressedienst des Landkreistages mitteilt, habe in den deutschen Landkreisen die Zahl der Wohlfahrtsverwaltungen weiter erheblich zugenommen. Anfang Februar 1932 seien in den Landkreisen 655 000 Wohlfahrtsverwaltungen unterstützt worden. Gegenüber dem Vorjahr (325 400) bedeute das eine Steigerung von 101,2 Proz., gegenüber dem Vormonat (584 500) von 12,1 Proz. Diese Zunahme übertreffe noch die Steigerung in den städtischen Bezirksfürsorgeverbänden, die sich gegenüber dem Vorjahr auf 91,7 Proz., gegenüber dem Vormonat auf 8,1 belaufe. Weiter besagt die Mitteilung, die Zahlen zeigten, daß auch in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden die Fürsorgebelastung für Wohlfahrtsverwaltungen ein Ausmaß erreicht habe, das erneute und über die bisherigen Unterstützungsmittel erheblich hinausgreifende Finanzmaßnahmen des Reichs für die Bezirksfürsorgeverbände dringend notwendig mache. Schon jetzt sei in einer Anzahl von Landkreisen die Not so groß, daß — um die Unterstützungen für die Wohlfahrtsverwaltungen sicherzustellen — andere gesetzliche und sonstige Verpflichtungen nicht mehr erfüllt werden könnten. Wichtiger und dringlicher als alle organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe sei die finanzielle Reichshilfe für die Kommunen. Sonst seien katastrophale Folgen unvermeidbar.

Löbe plädiert für Inflation

„Tidens Tegn“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe. Löbe ist danach der Ansicht, daß Deutschland nach dem Beispiel der skandinavischen Länder den Goldstand aufgeben müsse. „Wir meinen“, so sagte er, „daß unsere Arbeitskraft, alles das, was wir an Land, Handel, Schiffahrt und Industrie besitzen, ebenso wertvoll ist, wie das tote Gold.“

Die Meinung des ehrenwerten Reichstagspräsidenten Löbe in allen Ehren, aber in solchen Dingen wie auch sonst kommt es nicht darauf an, was er meint, sondern was andere

aber jeder derartige Plan stößt in der kapitalistischen Wirtschaft ins Leere, wenn er nicht zugleich mit den Gesetzen dieser Wirtschaft rechnet. Das beherrschendste aller kapitalistischen Gesetze aber ist Sicherung der Rentabilität. Für diese ist indessen bei allen Arbeitsbeschaffungsplänen, die auf Erweiterung, sei es des Produktions- und Verkehrsapparates, sei es des Wohnraums statt auf die Wiederingangsetzung und Nutzbarmachung der bestehenden Einrichtungen hinstreben, kein Raum. Die Krise würde im Effekt nicht gemildert, sondern bestenfalls mit der Wirkung verschleppt, daß sie eines Tages sich in noch gesteigertem Ausmaß wiederholt. Das bliebe auch dann der Fall, wenn diese Art Arbeitsbeschaffung gewissermaßen als Initialzündung für die gesamte Wirtschaft wirken würde, woran aber heute im Ernst niemand glaubt. Die Frage der Arbeitsbeschaffung im Kapitalismus ist eben nicht nur — darauf hat namentlich Prof. Emil Lederer auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß verwiesen — eine Frage der Kreditbeschaffung, sondern vor allem eine Frage

meinen. Und wir meinen beispielsweise, daß Schiffahrt und Industrie auch nicht den Wert der kleinsten Goldmenge aufwiegen, und sei es nur, weil Eisen wohl, Gold aber nicht rostet. Es liegt uns fern, zu glauben, damit eine erschöpfende Wiedergewinnung der Löbeschen Theorie zu geben, die Richtung, in der sie zu suchen ist, wird damit aber angedeutet. Sollte indessen der Löbesche Feldzug gegen das Gold zu einem Bestandteil des Feldzuges der „Eisernen Front“ gemacht werden, dann wäre daran zu erinnern, daß die Hakenkreuzler ihnen auch in dieser Beziehung längst vorangegangen sind.

Goerdeler redet

Auf der zweitägigen Diskussionstagung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit über „Kosten und Preise“ kam nach einigen Professoren auch der Preiskommissar persönlich zu Worte. Er legte das Bekenntnis ab, daß er gewesen sei, der die Regierung veranlaßt habe, nicht einen Reichskommissar für Preis senkung einzusetzen, sondern nur von Preisüberwachung zu reden, da das andere doch eine kaum innezuhaltende Versprechung gewesen wäre. Also, hier ist

das offene Eingeständnis des Zuständigen: Preissenkung war von vornherein nie beabsichtigt.

Was weiter werde? Deflation! Er vertritt die Abneigung der Öffentlichkeit nicht: Deflation sei doch auf deutsch nichts anderes als die gute alte preußische Sparsamkeit, auch wenn ihre preussische Sparsamkeit Opfer verlange.

Das Haupt Hindernis für einen Preisabbau seien die hohen öffentlichen Lasten, durch die drei Milliarden für die Arbeitslosen. Die Arbeitslosigkeit läßt sich aber nach Goerdelers weiteren Ausführungen nur durch eine Lohn deflation bis auf den Nullpunkt beseitigen.

Eine giftige Antwort

Wir lesen im „Freien Angestellten“, dem Organ des ZdA an die Adresse der SAZ.

„Die „Eiserne Front“ ist keine Phantasie, sondern Wirklichkeit. Sie sie etwas vorsichtiger mit ihren Angriffen. Es könnte nämlich sein, daß Sie dabei den kürzeren ziehen. Trotz aller Beteuerungen ihrer Gewerkschaftsfreundlichkeit mehrten sich die Anzeichen Ihrer wahren Gesinnung. Sie empfehlen dauernd die Revolutionierung der Gewerkschaften von innen heraus. Dieses Rezept stammt doch nur aus der Hausapotheke der KPD. Hüten Sie sich, uns stehen wirksame Gegengifte zur Verfügung.“

Wir haben Verständnis für die Giftigkeit dieser Antwort. Die von uns offen als Aufgabe proklamierte Revolutionierung der Gewerkschaften könnte den idyllischen Frieden manches Gewerkschaftsbeamten stören. Aber schließlich können solche Rücksichten nicht entscheiden. Die Gewerkschaften sind zur Wahrnehmung der Mitgliederinteressen da, und daß die bisherigen Methoden hundertprozentig versagt haben, hat sich wohl auch beim ZdA herumgesprochen. Früher konnte das sogar im „Freien Angestellten“ selbst gelesen werden. Das war allerdings vor der Ära der „Eisernen Front“ im Zeichen Hindenburgs.

Verbot kommunistischer Kundgebungen in Wien. Wie das „Neue Wiener Journal“ erfährt, sind die von den Kommunisten für Sonntag geplanten Kundgebungen auf dem Freiheitsplatz von der Bundespolizei auf Grund des bestehenden allgemeinen Aufmarschverbotes untersagt worden.

keiten für Neukapital, und für diese besteht heute und in absehbarer Zeit keinerlei Aussicht.

Die andere Seite des Art. 48

Nur eine Voraussetzung könnte hier allenfalls Aenderungen schaffen: eine kräftige Verbilligung des Neukapitals gegenüber dem Altkapital. Diese Voraussetzung ist aber in Deutschland heute weniger gegeben als eh und je. Die kleinen und großen Sparer zittern seit dem 13. Juli in wahren Ängsten um ihren Besitz und sind auch durch noch so hohe Zinsen nicht zum Leeren der Strümpfe und Trühen zu bewegen. Der sozialdemokratische Anleihe-Gesetzentwurf sieht darum nicht nur einen Zinssatz von 4½ Prozent bei gleichzeitiger Goldwertsicherung vor, sondern erhöht diese bereits hohen Anreize noch durch die Gewährung von Auslosungsprämien. Das sind sicher verlockende Bedingungen. Dennoch haben die optimistischen Erwartungen der Verfasser des Entwurfs nach unserer Meinung keine Berechtigung, denn wer bietet Gewähr, daß morgen diese Bedingungen nicht durch eine Notverordnung geändert werden? Das ist nämlich die andere Seite der Regierungsmethoden eines Brüning: alle Verträge und Verpflichtungen haben heute einen sehr relativen Charakter, weil über allen der Notverordnungsparagraph als ständige Drohung und Bedrohung schwebt. Indem Brüning den Artikel 48 der Verfassung zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft einsetzte, hat er dieser selber den allerschwersten Schlag versetzt, da er deren eigentliche Grundlage, die Sicherheit, bis in die letzten Reste zerrüttet hat. Aber auch wenn es anders wäre und auch anders käme: das durch die Prämienanleihe neu zu beschaffende Kapital bleibt zu teuer, um mit dem alten in Konkurrenz gesetzt werden zu können. Es winkt ihm nie und nimmer eine Rente, so daß das Resultat eine neue Aufblähung der öffentlichen Schulden mit allen ihren Gefahren für die Währung wäre. Auf komplizierten Umwegen würde man also auch mit diesen Maßnahmen an denselben Punkt gelangen, den man gerade im Gegensatz zu den WTB-Anhängern umschiffen zu können vermeint.

Warum solche Umwege?

Also überhaupt keinen Finger für die Arbeitsbeschaffung rühren? Diese Schlußfolgerung wäre falsch. Wir sind sogar der Meinung, daß wirkliche Arbeitsbeschaffung auch im Kapitalismus möglich ist. Allerdings nicht mit den von Gewerkschaften und Sozialdemokratie vorgeschlagenen Methoden der Kredit- und Kapitalbeschaffung. Erfolg spricht einzig und allein ein kräftiger Eingriff in das Privateigentum, sei es durch Erhebung einer großen Abgabe vom Besitz, sei es durch Enteignung. Alle anderen Vorschläge sind von vornherein zum Scheitern verurteilt und lenken von dieser heute in den Vordergrund zu stellenden Hauptforderung ab. Aus diesem Grunde kann auch der Gesetzentwurf, der die Verstaatlichung der Montanindustrie fordert, nicht genügen. Er zielt nicht auf Enteignung, sondern nur auf Ueberleitung der Montanindustrie in staatliche Regie, da er den Besitzern Entschädigung in Höhe des vollen Gegenwertes der Anlagen sichert. Das mag im Augenblick manche Aktionäre der Montanindustrie erschrecken, aber ohne die direkte und indirekte Hilfe des Staates — Subventionen, Lohnabbau, Zölle, Sanierung der Großbanken und damit der Großgläubiger der Montanindustrie — wären sie allesamt schon längst dem Gerichtsvollzieher verfallen. Die ganze Montanindustrie steht heute dem Staat bei einem kräftigen Druck auf den in seiner Hand befindlichen Bankhebel ungleich billiger zufallen, als durch eine Staatsaktion, wie sie der sozialdemokratische Gesetzentwurf ins Auge faßt. Aber hier liegt der Knüttel beim Hund: Dieser Staat keine größere Angst, als sich an den Reichen zu bereichern. Er wird — das hat soeben die Bankensanierung bewiesen — für Verstaatlichung sein, wenn er dadurch dem Kapitalismus selbst eine Stütze verleihen kann. Das kann nach Lage der Dinge noch sehr oft der Fall sein müssen, aber am Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Wirtschaft wird dadurch nicht das geringste geändert. Auch all diese bestehen, dann bleiben auch all die Bedingungen in Kraft, die diese Krise geboren haben und deren zerstörende Wirkungen in ihrem weiteren Ablauf noch verstärken müssen.

Nicht Realpolitiker, sondern Gaukler

Mit ihren scheinbar radikalen Anträgen bewegen sich also dieselben Leute, die sich bisher auf ihren realpolitischen Elixier so viel zugute gehalten haben, auf einer sehr irrealen und darum auch falschen Bahn. Und nicht aus Zufall, wie wir meinen, sondern aus Schicksal. Denn da die Voraussetzungen, unter denen sie sich bisher bewegen und auch Erfolge buchen konnten, nicht mehr gegeben sind, gebietet jede proletarische Realpolitik, sich über die Dämme des Kapitalismus hinwegzusetzen und zwingt darum zu revolutionärem Handeln. Oder aber die Realpolitiker müssen — und dafür sind ihre Gesetzentwürfe die Beweise — die Flucht ins Irreale antreten und sich als Illusionisten, d. h. als Gaukler, produzieren.

Eduard Weckerle

Genosse Ledebour

Ein Leben für das Proletariat / Zu seinem 82. Geburtstag



Wahlkreis im Druck herausgegeben, so seine berühmte Rede gegen „Bureaucratismus und Kamarillaregierung“ bei der Verfassungsdebatte des Jahres 1908.

Zu einem Ankläger von historischer Größe wurde Georg Ledebour im Kriege.

Im Parlament hat er mit der ganzen Leidenschaft, die ihm zur Verfügung stand, die annexionistische Militärregierung, die deutsche Kriegspartei und ihre kapitalistischen Nutznießer an den Pranger gestellt.

Vom Jahre 1915 ab hat er zusammen mit einer Minderheit von 14 Genossen die Kriegskredite abgelehnt.

In den Volksversammlungen der Arbeiter hat er leidenschaftlich den Sturz des ganzen kapitalistischen Systems gefordert, auf der

Konferenz von Zimmerwald

schlug er als Mittel zur Beendigung des Krieges den internationalen Massenstreik vor. Nach der Gründung der Organisation der revolutionären Obleute in den Berliner Metallbetrieben arbeitete Georg Ledebour unermüdet an der Vorbereitung der Revolution. In der denkwürdigen Betriebskonferenz am 2. November 1918 trat Ledebour für sofortiges Losschlagen ein.

Gleich nach der Uebernahme der Macht lehnte er ein Zusammengehen mit Ebert u. Co. in der schroffsten Form ab und forderte die Uebergabe der staatlichen Gewalt an die Arbeiterräte. Nachdem die USP seinen Warnungen zum Trotz dennoch die Koalition mit den kaiserlichen „Staatsmännern“ Ebert und Scheidemann beschloß, lehnte er für seine Person den Eintritt in eine solche Regierung ab. Die Einigung der Spartacusleute mit der Gruppe der revolutionären Obleute, deren

Exponent Georg Ledebour war, scheiterte an den Bedingungen der Mehrheit des ersten KPD-Parteitag (die auch Rosa Luxemburg und Juchacz in der Frage der Beteiligung an den Parlamentswahlen überstimmte). In den Januarkämpfen, als die Ebert und Co. mit der Beseitigung des revolutionären Polizeipräsidenten Eichhorn einen entscheidenden Schlag gegen die Revolution führten, stellte sich Georg Ledebour entschlossen an die Spitze der revolutionären Arbeiter.

Nachdem „Ruhe und Ordnung“ hergestellt waren, ließ die Ebertclique Ledebour verhaften, und nur durch einen Zufall entging er dem Schicksal Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, durch die Bürgerkriegssoldaten der Ebert-Regierung ermordet zu werden.

In seinem großen Prozeß im Mai 1919 hat er dann die Sache der Arbeiter glänzend verteidigt, seine Ankläger wurden schnell in die Rolle der Angeklagten gedrängt. Der Prozeß wurde zu einer so vernichtenden Abrechnung, daß die Geschworenen völlig unter diesem Eindruck Georg Ledebour freisprachen.

Auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 hat Georg Ledebour sich mit aller Energie gegen die Spaltung der USP durch Sinowjew und Losowski zur Wehr gesetzt. Er hat hier aufgezeigt die Wurzel jenes verhängnisvollen Fehlers, der in der Isolierung der revolutionären Teile der Arbeiterschaft von der großen Masse liegt, eines Fehlers, der heute konsequent weitergeführt zu der katastrophalen RGO-Taktik geführt hat.

Auf dem Parteitag in Gera 1922 hat sich Ledebour fast als einziger der verhängnisvollen Einigung der USP mit der Partei der Ebert und Noske widersetzt. Genau wie in

Halle hat die historische Entwicklung auch dem Geraer Standpunkt Ledebours recht gegeben, wie aus der Gründung der SAP zehn Jahre später hervorgeht. Daß Georg Ledebour sich im Jahre 1924 auch von der Restgruppe der USP trennen mußte und mit einer kleinen Schar von Genossen zur Gründung des Sozialistischen Bundes gezwungen war, hat seinen Bestrebungen, die Einheit des Proletariats auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes herbeizuführen, nicht geschadet,

sondern sie im Gegenteil gefördert.

In der Leipziger „Freiheit“ vom Jahre 1926 hat Georg Ledebour unsere Taktik, die heute die Taktik der SAP ist, begründet: „Bei allen gemeinsamen Unternehmungen der Arbeiter verschiedener Richtungen handelt es sich um gemeinsame Aktionen zu Einzelzwecken, die der einst Aufgaben der von uns erstrebten einheitlichen Klassenkampfpartei sein werden.“

Wir haben von Anbeginn an den Standpunkt vertreten,

daß die Einigung des Proletariats nicht herbeigeführt werden kann durch programmatische Verhandlungen am grünen Tisch, sondern erwachsen wird aus gemeinsamen Aktionen.

Zu diesem Grundsatz bekennt sich heute die

Sozialistische Arbeiterpartei,

die neue revolutionäre Partei des Proletariats, der Georg Ledebour und seine Freunde als die Elite der proletarischen Kämpfer sofort bei ihrer Gründung beitraten. Und daß die Grundsätze, die Ledebour so lange vertrat, in der SAP mitwirkend sind, ist die beste Rechtfertigung und Bestätigung für den langen Kampf unseres 82jährigen Georg Ledebour.

Als er 80 Jahre alt war Stimmen zu seinem Geburtstag von Erich Weinert

Wilhelm:

Morjen, Herr Major!
Na, nu lesen Sie mal die Zeitungen vor!
Was sagen Sie da? Ledebour? Ledebour?
achtzig Jahre? Immer noch am Leben?
Das war schon immer so'n zähe Natur.
Der hat mir damals Saures jejeben!
Die Sozialdemokratie, will ich Ihnen sagen,
bin immer jut ausgekommen damit,
aber den Ledebour konnt ich nicht vertragen.
Wissen Sie, der hatte 'nen Kopp wie Jranit!
Der brachte auch seinerzeit den Thron meiner
[Väter
mit seinen Reichstagsreden ins Schwanken.
Hauptsächlich diesem Hochverräter
nabe ich die Trajodie meines hohen Hauses zu
[verdanken.

Bloß schade, daß se den alten Knaben
nicht damals mit unjelegt habe.
Ich erhebe feierlichen Protest,
daß der deutsche Jott sowas leben läßt!
Und das noch dazu in großer Form!
Also Schluß mit Ledebour, Herr Major!
Lesen Sie mal was anderes vor!
Mir is heute schon der janze Appetit verdorben.

Hindenburg:

Achtzig Jahre! Jute Natur!
Wie heißt der Mann? Ledebour?
Der Name is mir nicht unbekannt!
War der nich mal Artilleriekommandant?
Ledebour? Warten Sie mal, Ledebour?
Na, janz ejal, biblisches Alter!
Kriegt 'ne Tasse aus der Porzellanmanufaktur!
Was sagen Sie? Wäre kein Veteran?
Kommunist? Nich Offizier jewesen?
Wie? Hat unserm Kaiserhaus was anjetan?
Ja, ich habe niemals Zeitung gelesen!
Hat er sich denn nu gebessert? Nee?
is er nich wenigstens bei der SPD?
Ooch nich? Is ooch jejen das Militär?
Also keine Jeburtstagstasse, Herr Staats-
[sekretär!

Scheidemann:

A propos, Ledebour, Herr Baron,
wissen Sie, der war damals schon
ein gewisser Schandfleck auf unsrer Fraktion!

Trinken Sie noch einen Cocktail mit?
Um auf Ledebour zurückzukommen:
Die Sache mit dem Kriegskredit,
da hat er sich doch höchst schäbig benommen!
Sie kennen ja unseren Standpunkt, Herr Baron:
Ueber der Partei steht die Nation.
Prost! Auf Ihr Wohlsein, mein Lieber!
Wissen Sie, was der Ledebour damals tat,
einer Welt von Feinden gegenüber,
das war qualifizierter Hochverrat!
Vor der Verantwortung hat er sich gedrückt
und immer auf der OHL herumgehakt.
Wir sind auch gleich von ihm abgerückt,
diesem Mann ohne Taktik und Takt.
Ich will ja nicht grade den Kaiser verteidigen.
Aber es war doch Burgfrieden, Herr Baron,
da darf man auch den Monarchen nicht beleidigen.
Aber was scherte Ledebour die Not der Nation.
Na, und nach dem Krieg bekam er die Quittung!
Da war es aus mit der Hetzerei.
Ihm fehlte eben, was wir haben, Gesittung!
Drum wurden wir auch Ministerpartei.
Auch zum Sozialismus gehört der gute Ton!
Darin verstehn wir uns doch, Prost, Herr Baron!

Der unbekannte Prolet:

Nu is er ooch schon achtzig Jahre,
der liebe alte Schorsch.
Kuck mal, Mutter, die weißen Haare,
aber die Augen, Mutter, so jung und forsch.
Der is nich Minister, und nat keene Orden.
Mutter, der stand seinen Mann vor Jericht.
Die andern sind klein und häßlich jeworden,
aber den ham se nicht kleen jekriegt.
Der wickelte keenen Prinzen in Watte.
Weeste noch, Mutter, det war 'ne Zeit,
als er noch den sechsten Wahlkreis hatte:
Der jab die Bande richtig Bescheid.
Der hat immer von oben dazwischenjefegt,
und die Blauen haam Jift und Jalle jespuckt.
Und wenn der so richtig losjelegt,
denn hat et uns in de Finger jezuckt.
Der hat nicht aus de Krippe jefressen!
Der hat uns Proleten nie verjessen,
der is mit et Herz für uns einjetreten,
drum sag ich zum Glückwunsch det ene nur:
Auf den Dank der revolutionären Proleten,
auf den kannst Du immer rechnen, Jenosse
[Ledebour!

Ledebour über Friedrich Ebert

In seinem großen Prozeß „wegen Hochverrats gegen die Regierung Ebert—Scheidemann“ enthüllte Georg Ledebour bei seiner Vernehmung als Angeklagter die erbärmliche Doppelrolle der Ebert und Scheidemann während der Vorbereitungszeit und nach Ausbruch der Revolution. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen in der Verhandlung am 20. Mai 1919 mit folgender wirkungsvollen Bemerkung über Friedrich Ebert ab:

„Aber noch eine Bemerkung will ich in bezug auf das Verhalten der Herren Ebert und Scheidemann während dieser ganzen Revolutionszeit. Dieses doppelte Spiel, das sie getrieben haben, war mir so zuwider, daß meine Abneigung gegen diese Art von Politikern immer noch gesteigert worden ist. Als ich dann im Gefängnis lesen mußte, daß dieser Herr Ebert, der dieses... ich will keine harten Ausdrücke gebrauchen, ich überlasse es Ihnen, meine Herren, die Ausdrücke selbst zu wählen, die dafür zutreffend sind —, daß dieser Herr Ebert von der Nationalversammlung zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt wurde, meine Herren, da wurde ich als Deutscher, nicht bloß als internationaler revolutionärer Sozialist — ich habe auch ein sehr starkes deutsches Empfinden — von einem Gefühl tiefster Scham ergriffen.“

Ledebour rettet Wels

Wenigen dürfte bekannt sein, daß Wels in der Novemberrevolution ebenfalls eine tragische Rolle als Gefangener gespielt hat — allerdings nicht als Gefangener der Militärclique, sondern als Gefangener der kämpfenden Arbeiter und Soldaten.

Es wurde von revolutionären Soldaten und Matrosen im Berliner Kommandanturgebäude festgenommen und nicht sehr milde behandelt, nachdem aus dem Gebäude auf vorbeiziehende Matrosen geschossen worden war.

Es wurde nicht festgestellt, welche Rolle Wels neben den Scheidemannern in dieser Angelegenheit spielte, es steht nur fest, daß einer der Besonnenen, der zweite Kommandant Radtke, telephonisch Georg Ledebour anrief und ihn bat, doch um Himmelswillen nach dem Marstall zu kommen, es handle sich darum, das Leben von Wels zu retten.

„Ich fürchtete, daß die Matrosen ihn (Wels) in ihrer Erregung totschiessen wollten. Ich habe sie himmelhoch gebeten, das nicht zu tun und entschloß mich, Ledebour zu holen. Dem habe ich es zu verdanken, daß kein Blut an meinen Fingern klebt. Er kam und hat an die Matrosen im Lichtlof eine Ansprache gehalten und hat es durch seinen Einfluß verhindert, daß Wels erledigt wurde. Wels blieb zunächst im Marstall, als Gefangener, sein Leber war aber nicht mehr gefährdet.“

Den SPD-Spaltern:

„Bei uns ist die Wiedererhebung einer starken revolutionär-sozialistischen Partei eine Lebensnotwendigkeit für den Emanzipationskampf des Proletariats.“

Georg Ledebour

Vier Jahrzehnte hat Georg Ledebour in den Reihen des kämpfenden Proletariats gestanden. Vier Jahrzehnte eines unermüdeten, opfervollen Kampfes für die Sache der sozialistischen Menschheitsbefreiung. In vier Jahrzehnten eines sturmbelegten Kämpferlebens hat Georg Ledebour eine Position bezogen, die er vielleicht selbst am besten in seiner Rede vor den Berliner Geschworenen am 23. Mai 1919 gekennzeichnet hat, als er seinen politischen Todfeinden zurief:

„Ich befinde mich in der Position eines Soldaten auf einem äußerst vorgeschobenen Posten, dem die Aufgabe zugefallen ist, diesen Posten zu halten bis zum bitteren Ende, mit Einsetzung seiner Person, eventuell seines Lebens. Dieser Aufgabe bin ich mir vollkommen bewußt und dieser Aufgabe werde ich gerecht bleiben.“

Ein Soldat auf dem äußersten Vorposten der proletarischen Revolution ist Georg Ledebour bis in sein hohes Alter geblieben. Daß er auf diesem Vorposten ausgeharrt hat, daß er nie daran gedacht hat, ihn zu verlassen, auch wenn es oft sehr ungemütlich und im letzten Jahrzehnt sehr einsam auf diesem Posten war, daß er nie gewankt und immer für seine Ueberzeugung gestanden hat, das ist es, wofür das klassenbewußte Proletariat heute Georg Ledebour Dank und Anerkennung zollt.

Er hätte alles haben können, was das politische Leben an Triumphen zu vergeben hat, und er hat nichts genommen, er blieb Georg Ledebour, der reine unbestechliche Charakter, der unermüdete Kämpfer, der zielklare Revolutionär und nicht zuletzt der treue Soldat für die Sache der Ausgebeuteten, Unterdrückten und Entrechteten, der Soldat des deutschen Proletariats, mit dem er sich auf Leben und Tod im Kampfe verbündet hat.

Georg Ledebour begann seine politische Laufbahn als bürgerlicher Demokrat, als Redakteur der einstmaligen sehr tapferen „Berliner Volkszeitung“, aber die Demokratie des Bürgertums war schon damals durch die kapitalistische Entwicklung in Grenzen eingeschlossen, die Georg Ledebour nicht erträglich waren.

Die Entwicklung des einst revolutionären Bürgertums zum kapitalfreundlichen Freisinn erleichterte Georg Ledebour den Weg zur Arbeiterklasse. Im Jahre 1899 trat Georg Ledebour wie auch Franz Mehring, sein Redaktionskollege in der „Volkszeitung“, zur Sozialdemokratie über.

In der Sozialdemokratie entwickelte er sich sehr schnell zu einem entschiedenen Gegner der schon damals einsetzenden Verwässerung der Lehren von Marx und Engels durch die revisionistischen Theorien der Bernstein und Vollmar.

Schüler an Schuiter mit August Bebel hat er auf den Parteitagen der Vorkriegszeit gegen jedes Abweichen von den sozialistischen Grundsätzen gekämpft und war bald durch die beißende Schärfe seiner Kritik an den grundsatzlosen und würdelosen Bestrebungen einiger Karriereisten einer der bestgehaßten Männer in den Augen der Bürokratenclique

und dieser Haß ist Georg Ledebour auch in den späteren Stadien seines Lebens treu geblieben. Im Jahre 1898 wurde Ledebour Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden, wo er im schärfsten Kampf gegen den Revisionismus dieses Blatt zu einem der angesehensten Blätter der deutschen Arbeiterschaft machte.

Im Jahre 1900 entsandte ihn der sechste Berliner Wahlkreis an Stelle des verstorbenen Wilhelm Liebknecht in den Reichstag. Ein glänzender Redner, ein schlagfertiger, beißend ironischer Debatter, der sich auf dem Parkett des Parlaments zurecht fand wie kein Zweiter, wurde er durch seine Respektlosigkeit und seine Kühnheit der Schrecken aller kaiserlichen Parlamentspräsidenten des Vorkriegsdeutschland.

Viele seiner Reden wurden vom 6. Berliner